



Europa-Union Deutschland

75 Jahre Einsatz für ein föderales Europa



Impressum

Herausgegeben von

Europa-Union Deutschland e. V.

Sophienstraße 28/29

10178 Berlin

Tel. 030-303 620-130

Fax. 030-303 620-139

info@europa-union.de

www.europa-union.de

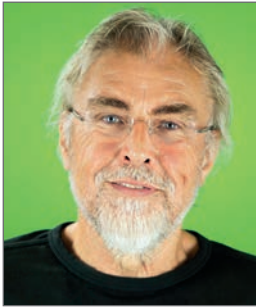
Unter Mitwirkung der Europa-Union, Kreisverband Diepholz
Ausgabe Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Gerhard Thiel Einführung	4
Geleitwort des Präsidenten der Europa-Union Deutschland Rainer Wieland	6
Grußwort des Landesvorsitzenden der Europa-Union Niedersachsen Harm Adam	8
Grußwort Landrates des LK-Diepholz Cord Bockhop	10
Grußwort der Bürgermeisterin der Stadt Syke Suse Laue	11
Hermann Greve Wilhelm Heile – Portrait eines Gründervaters der Europa-Union	12
Markus Behne Wilhelm Heile und das föderale Europa	33
Meilensteine aus der Geschichte der Europa-Union	42
Anhang	
Hertensteiner Programm - 12 Thesen	52
Düsseldorfer Programm - Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert	53
Mitgliedsantrag Europa-Union Deutschland	57
Leitbild der Europa-Union Deutschland	58

75 Jahre Europa-Union Deutschland

Gerhard Thiel



Gerhard Thiel ist Vorsitzender der Europa-Union, Kreisverband Diepholz

Der großartigen Idee eines gemeinsamen Europas neue Impulse zu geben versuchten der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi, der französische Präsident François Hollande und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am 22. August 2016 an historischer Stelle auf der italienischen Insel Ventotene.

Auf dieser Insel wurden die überzeugten Freiheitskämpfer und Europäer Altiero Spinelli, Ernesto Rossi, Eugenio Colorni, Ursula Hirschmann u.a. gefangen gehalten und haben Europa neu gedacht. Sie forderten die „Vereinigten Staaten Europas“ als Alternative gegenüber dem „imperialistischen Militarismus“. Auf 70 Seiten, auf Fetzen von Zigarettenpapier, schrieben sie 1941 ihr Manifest von Ventotene.

Ihr Leben riskierten auch die Mitglieder der an der Charité entstandenen Widerstandsgruppe „Europäische Union (EU)“, die sich bereits 1939 um Anneliese und Georg Groscurth, Robert Havemann, Herbert Richter und Paul Jentsch versammelte. Viele von ihnen wurden im September 1943 von der Gestapo verhaftet. Ihre Idee und Hoffnung war ebenfalls ein geeintes, gemeinsames Europa, wobei sie sich vorstellten: „Die Zukunft von morgen wird ein geeintes sozialistisches Europa sein“. Robert Havemann als alleiniger Überlebender aus dem engeren Kreis dieser Widerstandsgruppe versuchte zwar mit anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern nach Kriegsende hieran mit einer Initiative ausgehend von einem neutralen Deutschland anzuknüpfen, aber der neue Ost-West- Konflikt überrollte schnell solche Möglichkeiten.

Am 19. September 1946 – in seiner „Züricher Rede“ – bekennt sich Winston Churchill zu einem neuen Staatenmodell für das Nachkriegseuropa, nämlich zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. In den Vordergrund seiner Bemühungen stellt er die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Gründungsväter der Schweizer „Europa-Union“ (gegründet am 24. Juni 1934) luden fast zeitgleich zu einer Konferenz nach Hertenstein am Vierwaldstätter See ein und formulierten die Idee eines föderalen Europas. Das Ergebnis ging als „Hertensteiner Programm“ (vgl. Anhang) in die Geschichte ein. Der einzige heute noch lebende Teilnehmer dieser Konferenz, Raymond M. Jung d'Arzac, bedauerte auf einer UEF-Tagung zum 60. Jahrestag die-

ser Konferenz, dass sich der föderale Ansatz gegenüber der von Churchill fortgeführten Tradition eines „autoritär-unionistischen Gedankenguts“ bisher nicht durchsetzen konnte.

Zwischen Vision und Realität

Der Idee einer Europäischen Föderation hatte sich auch Wilhelm Heile verschrieben. Im fernen Syke – in der damaligen britischen Besatzungszone – erfuhr er von der Schweizer Europa-Union-Gründung durch den damals im Schweizer Exil lebenden Heinrich Ritzel, einem ehemaligen Völkerbundbeamten und Mitglied im Reichstag. Heile, damals Landrat, lud zur Gründung der Europa-Union Deutschland für den 9. Dezember 1946 in „seine“ damalige Kreisstadt Syke in das Hotel Schützenhof an der Herrlichkeit ein. Hier wurden Wilhelm Heile zum 1. Vorsitzenden und Wilhelm Hermes zum Geschäftsführer gewählt. Der erste Kongress der Europa-Union Deutschland fand dann im Juni 1947 in Eutin mit bereits ca. 200 Delegierten statt. Am 17. Dezember 1946 wurde – allerdings ohne deutsche Beteiligung – in Paris die „Union Europäischer Föderalisten“ (UEF) gegründet.

Die Bedeutung des Lebenswerks von Wilhelm Heile belegt Hermann Greve – Stadtarchivar in Syke – in seiner nachfolgenden Recherche in diesem Band. Diese ist angereichert mit Fotos, Bildmaterialien und Zeitdokumenten. Dirk Heile (Sohn von Wilhelm Heile) stellte die Fotos und Dokumente dem Stadtarchiv zur Verfügung. Andere Fotos und Bildmaterialien stammen aus privaten Archiven. Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung zu Heiles Europavorstellungen wurden von der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg veröffentlicht. Hierin bestätigt Markus Behne die Bedeutung Heiles und von dessen Mitstreitern. Eine Zusammenfassung findet sich im Kapitel „Wilhelm Heile und das föderale Europa“.

Einige der damals visionären Ideen, deren Anerkennung Heile zeitlebens nur bedingt erfahren konnte, sind heute umgesetzt. Weitere Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und einer Stärkung des Europäischen Parlaments sind nötig. Zurzeit gilt es aber, Erreichtes zu bewahren, nationale Egoismen zurückzudrängen und – wie unser Präsident Rainer Wieland im Geleitwort schreibt – die gewaltigen aktuellen Herausforderungen zu bestehen.

Europa – Wir müssen reden!

Geleitwort zur Jubiläumsausgabe 2021

„75 Jahre Europa-Union Deutschland“



*Rainer Wieland MdB,
Präsident der Europa-Union
Deutschland, Vizepräsident
des Europäischen Parlaments*

Die Zeit ist aus den Fugen geraten, so scheint es zum Ausgang dieses erneut turbulenten Jahres 2021. Wer hätte es für möglich gehalten, dass eine Pandemie globalen Ausmaßes uns in Europa nun schon bald im zweitem Jahr in Atem halten wird. Trotz anfänglicher Alleingänge der Mitgliedstaaten, die den europäischen Zusammenhalt auf eine harte Probe gestellt haben, konnten wir unsere Kräfte letztlich bündeln und in einer Rekordzeit sichere und wirksame Impfstoffe auf europäischem Boden entwickeln und zulassen. Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte dürfen wir jedoch andere – alte wie neue – Herausforderungen nicht aus dem Blick verlieren. Die Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig Miteinander und Solidarität für den Zusammenhalt und das Fortbestehen der Union sind.

Die großen Transformationsprozesse unserer Zeit – wie Klimawandel, Digitalisierung oder globale Migrationsbewegungen – stellen nicht nur die politischen Entscheidungsträger vor große Herausforderungen. Für viele Menschen sind diese Zeiten des Umbruchs auch Gegenstand für Unsicherheit oder gar Zukunftsangst. In ganz Europa versuchen die Feinde der Demokratie und der Freiheit aus ebendieser Verunsicherung vieler Menschen politisches Kapital zu schlagen – Akteure, die die Existenz der EU in Frage stellen.

Damit diese Unsicherheit sich nicht zu einer langfristigen Bedrohung für unsere Wirtschafts- und Wertegemeinschaft entwickelt und Krisenmomente den europäischen Integrationsprozess blockieren, müssen wir unser Bekenntnis zu Europa und seinen Werten künftig noch stärker artikulieren.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland leistet hierfür nun bereits seit 75 Jahren einen entscheidenden Beitrag, indem sie sich aktiv für die Belange der europäischen Bürgerinnen und Bürger einsetzt und auf allen Ebenen den Gewinn, den der europäische Einigungsprozess für jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns mit sich bringt, entschlossen verteidigt.

Als Sprachrohr einer pro-europäischen Zivilgesellschaft tritt die Europa-Union bereits seit Ihrer Gründung im Jahr 1946 hier in Syke für ein föderales Europa ein. Als größte Bürgerinitiative für

Europa in Deutschland mit nunmehr 17.000 Mitgliedern geben wir den europafreundlichen Kräften in der Bundesrepublik eine Stimme und erzeugen Resonanz weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Dabei haben wir uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten unseres Bestehens stetig von einem Vertreter der Zivilgesellschaft zu einem wesentlichen und anerkannten Impulsgeber weiterentwickelt. Dank des großartigen Engagements unserer zahlreichen Mitglieder konnten wir so während der vergangenen Europawahl 2019 wichtige Fortschritte erzielen und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an europapolitischen Fragestellungen erhöhen und somit zu einer größeren Sichtbarkeit europäischer Themen in der Öffentlichkeit beitragen.

Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen, deren Ursprung zumeist im Kern der Union selbst zu verorten ist, sind sowohl kontinuierliches Engagement als auch stetige Impulse entscheidend, um die für Zukunft Europas zwingend notwendigen Reformen anzustoßen. Die Anfang dieses Jahres offiziell eröffnete „Konferenz zur Zukunft Europas“ bietet in diesem Zusammenhang großes Potenzial, um die Bürgerinnen und Bürger noch stärker in europäische Entscheidungsprozesse einzubinden. Gleichzeitig stellt sie auch für uns, in der Zivilgesellschaft engagierte und überzeugte Europäerinnen und Europäer, ein weiteres wichtiges Mittel dar, um lebhaftige Bürgerdebatten über europapolitische Fragestellungen anzuregen und schließlich unserer Kernforderung nach einem föderalen Europa auch auf diesem Wege Gehör zu verschaffen.

Damit das europäische Projekt auch in Zukunft Bestand hat und die Union insgesamt handlungsfähig bleibt, braucht es eine europäische Bürgerschaft, die die politischen Entscheidungsprozesse mitträgt. Die Grundsteine für eine umfangreiche Partizipation der Zivilgesellschaft sind gelegt – jetzt müssen wir darauf aufbauen.

Es gilt: Europa – wir müssen reden! Aber gemeinsam!

Rainer Wieland

Grußwort des Landesvorsitzenden der Europa-Union Niedersachsen



*Harm Adam
Landesvorsitzende
der Europa-Union
Niedersachsen*

Liebe Europafreundinnen und Europafreunde, sehr geehrte Damen und Herren!

Robert Schuman, ein Gründungsvater der Europäischen Integration, schrieb in seinem Buch „Pour l'Europe“ 1963: „Europa sucht sich; es weiß, dass seine Zukunft in seinen eigenen Händen liegt. Niemals noch war es dem Ziel so nahe. Gott gebe, dass es seine Schicksalsstunde, die letzte Chance seines Heils nicht verpasst.“ Gut 71 Jahre nach der Erklärung vom 9. Mai 1950, die den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung der heute in der Europäischen Union vereinten Institutionen gab, bleiben die Gedanken und Lehren des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman aktuell. Sie helfen, Konzepte zur dringend notwendigen Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU zu entwickeln und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestehen.

Was ist nun der Beitrag der Europa-Union Deutschland, die sich seit jeher als Motor der Europäischen Integration versteht? Ich zitiere aus einer Selbstdarstellung aus dem Jahr 1978: „Es muss nicht immer Politik sein – auch nicht jedes Mal ein Referat, wenn die Europa-Union zu ihren Veranstaltungen einlädt. Die Themen sind abwechslungsreich und vielfältig: Politik, Wirtschaft und natürlich auch Kultur – behandelt aus der Sicht der Europa-Union, aus europäischer Sicht. Auch gesellige Veranstaltungen kommen nicht zu kurz, ebensowenig wie die Reisen zu unseren europäischen Nachbarn. Die Europa-Union geht auch auf die Straße, nicht um Krawall zu machen, sondern weil ihre Mitglieder und Helfer – engagierte Europäer – mit Mitbürgern sprechen und diskutieren wollen. Über die Möglichkeiten und Chancen eines vereinten Europa und die Wege zur Realisierung dieses politischen Ziels. So wie der „Gang auf die Straße“ sind alle Veranstaltungsform modern: Diskussionsforen, Vorträge, Filme, Seminare, Expertengespräche – um nur einige zu nennen. Beim Publikum kommt das an: Seit über 20 Jahren haben jährlich etwa 1 Million Menschen Kontakt mit der Europa-Union.“

Nun denn: Die Zeiten wandeln sich. Die Herausforderungen an die Europäische Union und unseren Verband werden immer

vielfältiger. In einem Zeitalter zunehmender Komplexität und Menschheitsfragen wie dem Klimawandel sind wir als die nach wie vor größte proeuropäische Bürgerinitiative aufgefordert, die aktuelle Orientierungslosigkeit überwinden zu helfen und für einen Verfassungskonvent zu werben, der klärt, welche Mitgliedsstaaten bereit sind, kurzfristig die supranationale Zusammenarbeit zu einer echten Politischen Union fortzuentwickeln. Unser Ziel bleibt der eine geeinte und föderale Europäische Bundesstaat.

Uns allen, insbesondere dem Kreisverband Diepholz, wünsche ich für die kommenden Jahre weiter gute Ideen wie den Europa-Garten sowie Unterstützerinnen und Unterstützer wie den langjährigen Kreisvorsitzenden Gerhard Thiel, die im Rahmen verschiedener Projekte „Europa“ konkret erlebbar machen. Gemeinsam streiten wir für die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte.

Herzlich grüßt

Ihr Harm Adam

Grußwort des Landrates des Landkreises Diepholz



*Cord Bockhop
Landrat des
Landkreises Diepholz*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des Kreisverbandes Diepholz der Europa-Union, liebe Gäste,

in diesem Jahr feiert der Kreisverband Diepholz der Europa-Union sein 75-jähriges Bestehen. Hierzu gratuliere ich recht herzlich.

Vor 75 Jahren wurde die überparteiliche Europa-Union gegründet. Seither wird hier ein Zeichen für Europa gesetzt. Der Blick auf die Historie verdeutlicht, dass unser in Frieden, Freiheit und Demokratie geeintes Europa die beste Lehre aus der Geschichte gewesen ist, zu der es keine Alternative gibt!

Der Kreisverband Diepholz der Europa-Union engagiert sich für Europa und für die Fortentwicklung der Europäischen Union und deren Grundgedanken in unserer Region erfolgreich.

Darauf können Sie stolz sein!

Für dieses große Engagement bedanke ich mich persönlich, im Namen des Landkreises Diepholz und im Namen aller, denen ein friedliches Europa am Herzen liegt, und wünsche dem Kreisverband Diepholz der Europa-Union weiterhin alles Gute und viel Erfolg! Mögen Sie weiterhin viele Menschen für Europa begeistern!

Landkreis Diepholz
im Dezember 2021



Cord Bockhop

Grußwort der Bürgermeisterin der Stadt Syke

Wir dürfen in diesem Jahr auf 75 Jahre Europa-Union zurückblicken.



*Suse Laue
Bürgermeisterin
der Stadt Syke*

Die Generation, die diesen Schritt zum europäischen Wiederaufbau gegangen ist, hat den Krieg erlebt. Die Gründungsväter und -mütter wussten, was Krieg, aber auch was Frieden und Freiheit bedeuten und wie Zusammenhalt durch Zeiten voller Not führt. Dieses Wissen führte zur Gründung der Europa-Union. Europa ist unser Garant für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Hieraus erwächst die Stärke Europas und der Schutz vor jeglicher Form von Diktatur.

Als Bürgermeisterin der Stadt Syke blicke ich mit Stolz darauf, dass die Europa-Union in Syke gegründet wurde. Dies birgt selbstverständlich auch die besondere Verpflichtung der Stadt, den europäischen Gedanken zu leben. Europa ist nicht weit weg. Europa ist hier. Wir vor Ort sind gehalten, den europäischen Gedanken und die europäischen Werte zu vermitteln und unser soziales Miteinander entsprechend zu gestalten. Wir leben unsere Städtepartnerschaften und unterstützen aktiv ein demokratisches Europa. Hierdurch übernimmt Syke, natürlich in Gemeinschaft mit allen Städten und Gemeinden, Verantwortung für ein handlungsfähiges Europa und bilden somit ein starkes Fundament für ein demokratisches, freiheitliches und bürgernahes Europa.

Herzliche Grüße
Suse Laue

Wilhelm Heile – Portrait eines Gründervaters der Europa-Union

Hermann Greve (Archivar der Stadt Syke)



Landrat Wilhelm Heile

Vier Gründungsväter standen 1946 an der Wiege der Europa-Union. Der zweifellos populärste war der Altliberale Wilhelm Heile. Ihm wird vielfach die Rolle des eigentlichen Initiators zugeschrieben. Schon in der Weimarer Republik zählte er, der Publizist, Dozent und Parlamentarier, zu den führenden Verfechtern einer europäischen Föderation.

Geboren wurde der leidenschaftliche Pro-Europäer am 18. Dezember 1881 in Diepholz. Dort verbrachte er seine frühen Kinderjahre, dort praktizierte der Vater als Tierarzt. Die Mutter, berichtete 1961 der hoch betagte Heile, wurde „infolge der Geburt meines jüngsten Bruders Paul ... uns Kindern entrissen“, woraufhin „eine Schwester meiner Mutter fortan unsagbar liebevoll ihre Stelle vertrat“. 1890 zog die Familie nach Bremen. Heile: „Weil wir alle sechs nicht bloß eine quicklebendige, sondern auch gut begabte Kinderschar waren und unser Vater uns alle Möglichkeiten der Bildung mit auf den Lebensweg geben wollte,

mußte Vater sich eine Existenz in einer Stadt mit Gymnasium usw. suchen. Uns in der Stadt in Pension für den Schulbesuch zu geben, wäre für den Geldbeutel unseres Vaters, der ein guter Tierarzt, aber kein Geschäftsmann war, zu kostspielig gewesen. So nahm er dann die Stelle des leitenden Tierarztes am Schlacht- und Viehhof in Bremen an.“

Nur wenige Jahre hielten sich die Heiles in der Hansestadt auf. Sie übersiedelten nach Emden, wo das Familienoberhaupt die Leitung des städtischen Schlachthaus übernahm. Sohn Wilhelm, der schon in Bremen ein Gymnasium besucht hatte und den Schulbesuch in Emden fortsetzte, entwickelte ein ausgeprägtes Unbehagen gegenüber dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat. Nicht zuletzt die im Unterricht vermittelte Geschichtsbetrachtung aus dem Blickwinkel der regierenden Hohenzollern forderte seinen Widerspruchsgeist heraus. Er rebellierte gegen die Schulordnung, verlangte Mitspracherechte für die Schüler. Als der Sechzehnjährige gemeinsam mit Schulkameraden anlässlich

eines Kaiserbesuchs Spalier stehen sollte, verweigerte er den Gehorsam. Seine Renitenz endete mit dem Schulverweis.

Zwischen Vision und Realität

Nach dem Rauswurf fand der Teenager zunächst als Arbeiter Beschäftigung auf einer Emdener Schiffswerft, wo er Grundkenntnisse im Maschinen- und Schiffsbau erwarb, fuhr dann als Heizer und Maschinist zur See. Zeitgleich eignete er sich extern das Abiturwissen an und wurde zur Reifeprüfung zugelassen. Die bestand der aufmüpfige Außenseiter „aus gutem Hause“ Ostern 1901 in Emden, gemeinsam mit seinen früheren Klassenkameraden.



Im Sommersemester 1901 nahm Heile das Studium des Schiff- und Schiffsmaschinenbaus an der Technischen Hochschule Hannover auf und wurde im Verein Deutscher Studenten (VDSt) aktiv. Mitbegründer der vom „Allddeutschum“ durchdrungenen Studentenorganisation war Friedrich Naumann, dessen letztlich gescheiterter Nationalsozialer Verein sowohl für Demokratisierung und soziale Reformen als auch für eine expansive deutsche Außenpolitik eintrat. Heile war dem „großen Liberalen“ erstmals in Emden begegnet. Schon damals, als Schüler, sei er von Naumanns „Persönlichkeit und seinen Gedanken begeistert gewesen“, versichert er in einem Rückblick aus dem Jahr 1969. Doch erst an der TU Hannover entdeckte er seine Leidenschaft für die große Politik. Die Folge war, dass der zeitweilige VDSt-Funktionär ein wachsendes Interesse an den Staatswissenschaften zeigte und unter anderem Vorlesungen in Nationalökonomie, Staats- und Verwaltungsrecht besuchte.

Im Wintersemester 1904/05 machte er sich zum Wortführer im Kampf um akademische Freiheit und studentische Selbstverwaltung, organisierte Kundgebungen und zeigte einmal mehr republikanisch-antipreußisch Flagge, woraufhin er nach einem Ordnungsverfahren am 20. Februar 1905 von der Hochschule verwiesen wurde. Die Antwort war ein Massenprotest unter den hannoverschen Studenten, mit dem Ergebnis, dass Heile sein Studium wiederaufnehmen durfte. Doch der Studentenführer kehrte nicht an die TU zurück, er ging nach Danzig, um als Redakteur in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ zu arbeiten. Nach nur einem

halben Jahr verließ er die preußisch-konservativ ausgerichtete Redaktion des Blattes und setzte seine journalistische Tätigkeit in der Berliner „National-Zeitung“ fort. Von 1906 bis 1908 gab er die Zeitschrift „Deutsche Hochschule“ heraus, war dann Redakteur und seit 1912 Chefredakteur in der von Friedrich Naumann gegründeten Wochenschrift „Die Hilfe“. Zu den Wegbegleitern Heiles in der „Hilfe“ gehörten Theodor Heuss und die Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer.

„... feurig und mit rednerischem Schwung“ - Reichstagskandidatur für die Fortschrittliche Volkspartei



Der Gymnasiast Heile (links) mit drei seiner fünf Geschwister. Eine Atelieraufnahme aus den 1890er Jahren

Die enge Zusammenarbeit zwischen Friedrich Naumann und Wilhelm Heile zeigte sich auch auf der Wahlkampfbühne. Gemeinsam wirkten sie in der Fortschrittlichen Volkspartei, die am 6. März 1910 aus der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei hervorgegangen war. Der inzwischen 28-jährige Ex-Diepholzer übernahm das Amt des Generalsekretärs im Provinzialverband Hannover der neuen linksliberalen Partei und wurde als deren Kandidat für den 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Achim-Verden-Hoya-Syke) nominiert. Bereits am 16. April 1910 stellte er sich den Wählern des Fleckens Syke. In dem kleinen Behörden- und Gewerbezentrum verfügte die Fortschrittliche Volkspartei über eine nicht unbedeutende Anhängerschaft und über einen eigenen Ortsverein, den „Lokal-Verein für Syke und Umgegend“. Dessen Vorstand hatte zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der Heile zunächst über die jüngst erfolgte Vereinigung der drei linksliberalen Parteien referierte.

Er machte deutlich, dass ein Zusammenschluss mit den Nationalliberalen auf absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sei. Mit einer Positionsbestimmung gab sich der einzige Redner des Abends wahlkämpferisch. Kritik übte er insbesondere an den Konservativen. Er verwies auf „die guten Folgen des niedrigen Zollsatzes ... für Futtergerste“, der dem „kleinen Mann“ zugute kommen würde, „was allerdings nicht ... dem Willen des Bundes der Landwirte“ entsprechen würde. Die konservative, im Reichstag vertretene Interessenorganisation pochte auf die Anerkennung der Landwirtschaft als bedeutendstem Gewerbe und verlangte die Einführung hoher Agrarzölle. Ein herausragendes Thema für die Bevölkerung des Kreises Syke, der sich zu den führenden Schweineerzeugern im Deutschen Reich zählen durfte. Die 1906 erfolgte Senkung des

Einfuhrzolls für Futtergerste, z.B. aus Russland und Rumänien, hatte diese Entwicklung, von der zahllose Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirte profitierten, maßgeblich begünstigt. Heftiger Kritik unterzog Heile eine Anfang Februar 1910 veröffentlichte Gesetzesvorlage, die das herrschende Dreiklassenwahlrecht für das Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages festschrieb und nur kosmetische Korrekturen vorsah. Der Entwurf hatte in den großen deutschen Städten Demonstrationen ausgelöst, auf denen ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Landtags- und Gemeindewahlrecht gefordert wurde.

Am 18. Juni 1911 kehrte der Kandidat nach Syke zurück, diesmal in Begleitung von Friedrich Naumann. Der Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei für Niedersachsen hatte zu einem Sommerfest geladen, das auf dem Schützenplatz im Friedeholz stattfand. Als Anlass diente das 50. Gründungsjubiläum der Deutschen Fortschrittspartei, einer 1861 aus verschiedenen altliberalen und demokratischen Gruppen gebildeten Vorläuferin der Volkspartei.

Im Vorfeld hatte die „Syker Zeitung“ mehrfach über das geplante Fest berichtet und die Teilnahme führender linksliberaler Politiker angekündigt. Neben Naumann, den das Lokalblatt als „unbestritten bedeutendsten Redner des gegenwärtigen Reichstags“ pries, wurden drei weitere Reichstagsabgeordnete erwartet, unter ihnen Otto Wiemer, Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses und der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der Flecken Syke rüstete sich für das große Ereignis: Am Bahnhof und in der Herrlichkeit wurden Ehrenporten errichtet, der Mühlendamm, die Bahnhof- und die Hauptstraße mit Girlanden und Flaggenschmuck ausstaffiert. Die politische Prominenz goudierte den freundlichen Empfang. Naumann, Wiemer, der Bremer Reichstagsabgeordnete Hinrich Hormann und sein ostfriesischer Fraktionskollege Jan Fegter waren gekommen, um ihrem Parteifreund Wilhelm Heile in seinem Wahlkreis Schützenhilfe zu leisten. Der Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes, der Göttinger Neutestamentler Wilhelm Bousset, übernahm den Begrüßungspart. Die Fortschrittliche Volkspartei, bedauerte er, sei in rein ländlichen Wahlkreisen so gut wie nicht vertreten. Bousset setzte auf Wilhelm Heile: Man sei „guter Hoffnung“, den 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis für sich zu gewinnen. „Als zweiter Redner“, berichtet die „Syker Zeitung“, „nahm, lebhaft begrüßt, Dr. Friedrich Naumann das Wort, um in einem glänzenden Vortrage die Geschichte der Partei“ zu beleuchten. „Er berührte u.a. die Zeit

von 1848 und gedachte der großen Volksmänner jener Zeit, auf die die Volkspartei mit Stolz zurückblicken könne. ... Mit besonderer Freude gab er der Einigung des Linksliberalismus Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf die Fortschrittliche Volkspartei." Im Herbst 1911 begann die heiße Phase des Reichstagswahlkampfes. Der Kandidat der Linksliberalen bereiste seinen Wahlkreis. Betont freundlich begleitete die „Syker Zeitung“ seine Auftritte. Als er am Abend des 17. Dezember das „Deutsche Haus“ betrat, erwarteten ihn annähernd dreihundert Zuhörer. „Solche stark besuchten Wahlversammlungen dürften hier zu den Seltenheiten gehören“, meldete tags darauf das Kreisblatt. „Herr Heile, bekanntlich ein sehr sympathischer Redner, verbreitete sich in 2 ½ stündiger

Dauerrede über die fundamentalen Grundsätze liberaler Politik, speziell den Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei gegenüber der Landwirtschaft betonend, der sie in keiner Weise feindlich gegenüber stehe. ... Die interessanten Ausführungen des Herrn Heile bewegten sich stets auf dem Boden strenger Sachlichkeit, sie ließen alles

Noch in letzter Stunde

verurteilt das Herr-Komitee die Resolution des Herrn Heile als nationalliberal bingehalten und den Vorstand hinweggerufen, Herr Heile wurde von der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht aufgenommen wurde.

Wähler! Reist euch kurz. In diesen Schweigen nicht ihr machen! Aus zahlreichen im Wortlaut mitgeteilten Erklärungen der nat.-lib. Partei über und von nat.-lib. Parteivorstand geht unabweisbar hervor, dass die nationalliberale Partei jede Beziehung zu Herrn Heile nach wie vor ablehnt.

Nach der vom Herr-Komitee veröffentlichten Brief des nationalliberalen Abgeordneten Heinze bestätigt das aufs neue. Herr Heile will, von Herrn Heine die Befähigung haben, daß er wieder aufgenommen und anerkannt werde. Er hat diese Befähigung aber nicht erhalten. Es ist ihm vorbehaltig worden, daß er freiwillig „freiwillig“ aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten ist, daß diese „freiwilligkeit“ nur letzter Schritt war, gilt nach der folgenden Erklärung des nationalliberalen Generalsekretärs Breithaupt bestätigt hervor:

„Gegenwärtig ist die Partei dagegen, den Parteimitgliedern (Held) an die Rückweisung gebunden zu bekommen. Die Partei hat gleich nach dem schlagendergefallenen Urteil gegen Heile ihre Schlußfolgerung getan und ist aufgefordert, der nat.-lib. Partei Valet zu sagen.“

Warum schüttelt die nat.-lib. Partei diesen ihren früheren Abgeordneten ab? Weil ihm durch rechtskräftiges Gerichtsverfahren abgesprochen ist, daß er in nächster personeller Obedienzstelle sein Reichstagsmandat nicht ausüben darf, und weil er überhaupt nicht diejenigen Charaktereigenschaften besitzt, die ihn für das höchste Ehrenamt des deutschen Volks geeignet erscheinen lassen.

Herr Heile und sein Komitee bezweifeln nun, daß das in unserem Flugblatt mitgeteilte Urteil durch höhere Instanzen überholt und aufgehoben sei.

Das ist eine unerhörte Unwahrheit!

Das erwähnte Urteil ist rechtskräftig. Es ist niemals aufgehoben oder abgeändert worden.

Wie in dieser Sache das Herr-Komitee die Unwahrheit sagt, so auch in den Angelegenheiten der liberalen Reichstagsfraktion. Es ist zum Beispiel die heilige Botschaft auf die Parteimitglieder der Partei (ei eine Partei der Großstadt und der Dorf). Sie weiß die Kollaboration der Reichstagsfraktion gegen den Reichstag.

Schamlosere Lügen kann es gar nicht geben.

Des Gegenteils ist die Wahrheit. Wähler! Deswegen geht jeder vernünftige und ehrenhafte Mensch den Reichstag, daß es um die Sache des Herrn Heile nicht gehen soll, wenn er und seine Freunde zu solchen Mitteln greifen.

Der Wahlschluß der Fortschrittlichen Volkspartei.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!

Wer sich schon im Wahlkampf heuert gegen **Treu und Glauben versündigt**, kann kein Vertrauen beanspruchen.

Herr Heile hat sich im Reichstag unter Berufung auf ein Wort des Grafen Tolstojewsky geäußert: **Man solle den Menschen nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten, nach seinem Verleben beurteilen.** Wenn man das aber bei Herrn Heile tut, so muß man sich fragen:

„Wie werden unsere Stimme nicht weg! Keine Stimme einem Mann, dessen Verleben nicht einwandfrei ist!“

Es bleibt dabei:

Alle Liberalen geben ihre Stimme dem Sohne der Heimat, dem Manne von lauterem, untadeligem Charakter, dem wahren Volks- und Bauernfreund, unserem

Wilhelm Heile.

Syker Zeitung
Nr. 4194 vom 11.02.1912

Verletzende vermissen. Starker Beifall lohnte dem Redner.“ Am 14. Dezember hatte er auf einer Versammlung in Kirchweyhe gesprochen. „Herr Heile, eine stämmige Niedersachsenfigur, redet feurig und mit rednerischem Schwung“, urteilte die „Syker Zeitung“. „Er verlangte, daß die Nationalliberalen ihm ihre Stimme gäben, da die nationalliberale Partei dies beschlossen hätte.“ Die Aufforderung richtete sich gegen Theodor Held, der nach einem Gerichtsverfahren sein Reichstagsmandat, in der Fraktion der Nationalliberalen Partei, niedergelegt hatte und offenbar ohne Unterstützung der Parteileitung kandidierte. Held war jedoch äußerst populär in seinem angestammten Wahlkreis, er konnte auf seine alte Hausmacht in den damaligen Kreisen Syke und Hoya vertrauen. Mit weitem Vorsprung absolvierte er die Hauptwahl am 12. Januar

1912 und ging aus der Stichwahl, in der ihm der Sozialdemokrat Eberle gegenüberstand, als klarer Sieger hervor. Heile hatte eines seiner besten Ergebnisse im Flecken Syke erzielt, wo er etwa 50 Prozent aller Stimmen für sich verbuchen konnte.

Der Versuch, die am 5. Mai 1913 im brandenburgischen Wahlkreis 5 stattfindende Ersatzwahl zum Sprung in den Reichstag zu nutzen, scheiterte ebenfalls. Wilhelm Heile stellte sich nun wieder ganz in den Dienst der „Hilfe“, deren Schriftleitung er nach seiner ersten Wahlniederlage übernommen hatte.

Schützengraben und „Staatsbürgerschule“

Die Mobilmachung am 1. August 1914 veranlasste den national-sozial orientierten Journalisten, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Obgleich er Jahre zuvor als Einjährig-Freiwilliger nach einem Unfall für untauglich erklärt worden war, gelang es ihm durch Einreichen von Beschwerden und Gesuchen, an die Westfront versetzt zu werden. Er wurde Unteroffizier, schließlich Leutnant und Kompanieführer, doch schon 1915 kehrte er schwer verwundet ins Zivilleben zurück. Der aus dem Heer entlassene Weltkriegsoffizier nahm die Arbeit in Naumanns „Hilfe“ wieder auf und errang 1917 einen Sitz als Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg. Dort heiratete er am 9. Januar 1917 Marie Wehl, eine Tochter des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Fritz Wehl. Das Paar zog schon bald nach Zehlendorf, wo die drei Kinder Dirk, Holger und Heilke geboren wurden.

Im Herbst 1918 fand in Berlin die von Friedrich Naumann betriebene Gründung der „Staatsbürgerschule“ ihren Abschluss. Wilhelm Heile hatte dieses Projekt nachhaltig unterstützt und übernahm bis zum Frühjahr 1920 die Leitung der für Deutschland einzigartigen Einrichtung, aus der im Oktober desselben Jahres die „Deutsche Hochschule für Politik“ hervorging. Bis 1933 wirkte er hier als Dozent für Staatswissenschaften. Seine Idee war es, „ein Heer von gutgeschulten Kämpfern heranzubilden, die nicht so sehr in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern, als vielmehr in der Erziehung des Volkes zu staatsbürgerlichem Denken in nationalem, liberalem und sozialem Geist das Hauptfeld ihrer Tätigkeit suchen“.

„... teuflischer als bethlehemitischer Kindermord“ - Der Versailler Vertrag

Die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bescherte Heile, der im November 1918 an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) teilgenommen hatte, das lang ersehnte Parlamentsmandat. Als am 7. Mai in Versailles die alliierten Friedensbedingungen der deutschen Delegation unterbreitet wurden, erfasste Deutschland ein Sturm der



*Wilhelm Heile als Mitglied
der Nationalversammlung
(um 1920)*

Entrüstung. Wie fast alle Weimarer Parlamentarier lehnte Wilhelm Heile den zur Unterzeichnung ausstehenden Vertrag, in dem Deutschland und seine Verbündeten zu Urheber des ersten Weltkrieges erklärt wurden und als solche für alle Verluste und Schäden verantwortlich seien, kategorisch ab.

Als Abgeordneter des 16. Wahlkreises (Hannover-Hildesheim-Lüneburg-Braunschweig) erschien er am 18. Mai 1919 zu einer Protestkundgebung auf dem Syker Schützenplatz. Weit über tausend Teilnehmer waren einem Aufruf gefolgt, für den neben der Syker Ortstruppe der DDP auch der Sozialdemokratische Verein Syke und die Ortsgruppe des Reichsbundes sowie Anhänger der Deutsch-Hannoverschen Partei, der rechtsliberalen DVP und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) verantwortlichen zeichneten. Als Redner traten zunächst der Bremer Arbeitersekretär Meschkat und die DNVP-Vertreterin

Mathilde Plate, Studienrätin und Abgeordnete im bremischen Landesparslament, auf. Dann folgte Wilhelm Heile, dem es laut „Syker Zeitung“ gelang, „die andachtsvolle ernste Stimmung der immer mehr zuströmenden Zuhörer zu fesseln. ... Mit Ergriffenheit schilderte Herr Heile packend die Stimmung der letzten Tage in der National-Versammlung, hob hervor die fast einstimmige Absage der deutschen National-Versammlung an unsere Feinde, die Notwendigkeit, aus der sie geboren sei.“ Er verwies auf die möglichen Konsequenzen, die Deutschland bei einer Zurückweisung der alliierten Friedensbedingungen tragen müsse: auf die dann drohende Besetzung „und weitere Drangsalierungen“. Doch es sei, fasste die „Syker Zeitung“ seine weiteren Ausführungen zusammen, „unsere Pflicht ..., auch dieses in Kauf zu nehmen, denn das könne nur vorübergehender Natur sein, es könne kein Dauerzustand werden und das sei das Bedeutsame für unser Deutschland. Bei dem heutigen Geist, der die ganze Welt durchziehe, könne es nicht ausbleiben, daß die feindlichen Heere durchsetzt würden, daß sie schließlich selbst die Forderungen ihren Ländern und Regierungen stellen würden, die rein aus menschlichem Empfinden schon die Deutschen frei machen müßten aus moderner Sklaverei, sie beschützen müßten vor der Ausführung eines Mordplanes“, wie der Redner das Versailler Vertragswerk publikumswirksam geißelte, „eines Mordplanes, der teuflischer als der bethlehemitische Kindermord“ sei. Heile, der in den kommenden Jahren allen Re-

**Eine machtvolle Kundgebung
gegen den Friedensvertrag**
unserer Feinde wollen auch wir veranlassen. Wir fordern alle deutschen Frauen
und Männer unserer näheren und weiteren Umgebung auf, sich recht zahlreich
einzufinden zur

gewaltigen Protestkundgebung
am Sonntag, den 18. Mai 1919, 2¹/₂ Uhr nachmittags
auf dem **Schützenplatze** im Friedeholze.

Als Redner werden unter anderen auftreten:

Herr Meschkat, Bremen, Arbeitersekretär
„**Heile, Berlin, Mitglied der Nationalversammlung.**
Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Syke
Sozialdemokratischer Verein Syke
sowie mehrere Anhänger der
Deutsch-Hannoverschen Partei
Deutsch-Nationalen Volkspartei **Deutschen Volkspartei.**

Diesem Aufruf im nationalen Interesse schließt sich an
Ortsgruppe Syke des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Bei ungünstiger Witterung findet die Versammlung im Saale des
Schützenhauses statt.

Syker Zeitung
Nr. 6140 vom 17.05.1919

Für einen föderativen Umbau des Deut- schen Reiches

Nation durch, die Heiles spätere Bemühungen um ein vereintes
Europa stets begleiteten.

In der Nationalversammlung und später im Reichstag trat der
bekenkende Hannoveraner gegen die Vormachtstellung Preußens
auf und engagierte sich für eine „organische Neugliederung“, für
eine föderalistische Umgestaltung Deutschlands, das seinen
großdeutschen Ambitionen entsprechend Österreich einschließen
sollte. Sein 1919 erschienenes Buch „Stammesfreiheit im Einheits-
staat“ begleitete die parlamentarischen Vorstöße. Wesentlichen
Anteil hatte Heile am Zustandekommen und an der Gestaltung
des Artikels 18 der Weimarer Verfassung, der die Neu- und Um-
bildung von Ländern auf der Grundlage von Volksabstimmungen
ermöglichte. Als der Artikel am 22. Juli 1919 von der National-
versammlung angenommen wurde, forderte der Publizist die
Einrichtung einer Reichsstelle zur Durchführung der organischen
Neugliederung. Diese solle „von sich aus selber schöpferisch
vorgehen“. Dazu sei es nötig, „daß sie einen Plan ausarbeitet, wie
unter Berücksichtigung der geschichtlich gewordenen und geo-
graphisch und wirtschaftlich bedingten Verhältnisse und vor allem
auch der Stammesgefühle das Deutsche Reich möglichst einfach
und zweckmäßig gegliedert werden kann.“

vanhegedanken entgegnetrat und
jede Gewaltpolitik von deutscher
oder alliierter Seite ablehnte, setzte
Hoffnungen in den sich konstituie-
renden Völkerbund. Auf der Syker
Kundgebung reklamierte er geistige
Urheberschaften für sein Land,
als gelte es, Beweise für eine be-
sondere Integrationsfähigkeit des
Deutschen Reiches im Hinblick
auf eine neue Friedensordnung
zu erbringen. „Seid umschlungen
Millionen“, dieses Wort Schillers zog
der Redner heran als Hinweis auf
uralte deutsche Völkerbundideen
und verwies noch auf den größten
Philosophen der Welt, Kant, dessen
Betrachtungen heute wörtlich fast
für die Völkerbundideen zu ver-
wenden seien“, berichtete die „Syker
Zeitung“. Hier schimmern Vorstel-
lungen von einem zivilisatorischen
Missionsauftrag der deutschen

Vom Staatenbund zum Bundesstaat - „Die Vereinigten Staaten von Europa“

Die Hoffnungen, die Heile in den Artikel 18 setzte, blieben in der Weimarer Republik unerfüllt. Eine niederschmetternde Erfahrung für den Föderalisten war die 1924 gescheiterte Vorabstimmung über die Loslösung seiner Heimat-Provinz Hannover (ohne den Regierungsbezirk Aurich) von Preußen. Gerade mal ein Viertel der Abstimmungsberechtigten hatte sich für die Initiative der Deutsch-Hannoverschen Partei ausgesprochen.

Anlässlich der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 gelang es Heile nur mit Mühe, ein Mandat zu erringen. Als Abgeordneter des neu gebildeten Wahlkreises 18 (Süd-Hannover-Braunschweig), der das Gebiet des heutigen Landkreises Diepholz einschloss, zog er in den Berliner Reichstag. Die Weimarer Koalition, in der auch die DDP Regierungsverantwortung übernommen hatte, war von den Wählern insbesondere für die Unterzeichnung des Versailler Vertrags und unter dem Eindruck der Dolchstoßlegende abgestraft worden. Im damaligen Kreis Syke hatte der DDP-Kandidat Heile fast dreitausend Stimmen von knapp 4500 im Januar 1919 verloren. Nicht unbedeutend für dieses katastrophale Ergebnis war die Rolle der „Syker Zeitung“. Sie hatte sich zum Sprachrohr der rechtsliberalen, von Gustav Stresemann geführten Deutschen Volkspartei gemacht, deren Kandidat das beste Ergebnis im Kreisgebiet einfuhr.

Neben seiner Parlamentsarbeit blieb Wilhelm Heile zunächst weiterhin in der „Hilfe“ tätig. Nach dem Tod von Friedrich Naumann am 24. August 1919 hatte er gemeinsam mit Gertrud Bäumer die Herausgeberschaft übernommen, darüber hinaus war er verantwortlicher Leiter des politischen Teils. Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeitschrift sich 1923 zuspitzten, verließ er das Wochenblatt. Im Dezember 1920 hatte der Reichstagsabgeordnete hier, in seinem Beitrag „Weltfriede und Völkerbund“, das Deutsche Reich aufgefordert, dem Völkerbund beizutreten. Damit eilte er der offiziellen Parteilinie der DDP um Jahre voraus.

Ende 1921 griff Heile in der „Hilfe“ die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ auf, eine „Formel“, die, wie der Historiker und Liberalismus-Experte Jürgen C. Heß betont, längst im Umlauf war. Heile erblickte in der Schaffung eines Staatenbundes die Chance zur Befriedung Europas und damit auch zur Überwindung der durch den Versailler Vertrag errichteten Friedensordnung. Für Deutschland machte er mit Blick auf den angestrebten Einigungsprozess ungeniert einen moralischen Führungsanspruch geltend. Als Reaktion auf die gescheiterten Verhandlungen über eine

internationale Anleihe, die dem Deutschen Reich die Zahlung der Reparationen hatte ermöglichen sollen, schrieb er im Juni 1922: „Was not tut, ist, ein Beispiel zu geben einer besseren Politik. Nicht weil uns die Macht Voraussetzungen dafür fehlen, sondern weil wir anderen und besseren Sinnes und deshalb weiteren Blickes sind, müssen wir Deutschen uns vom Ränkespiel der anderen völlig freihalten und eine Politik des Aufbaus einer neuen Völker-, Staaten- und Menschheitsordnung anstreben. Die ‚Großen‘ von heute mögen sich noch eine Weile den kostspieligen Luxus leisten können, in ihrer Politik von der Hand in den Mund zu leben und mit den alten Methoden der wechselseitigen Übervorteilung fortzuwursteln. Wir aber müssen uns aus äußerer Ohnmacht zu um so größerer moralischer Macht erheben. Die Welt wird nicht eher zur Gesundheit kommen, ehe nicht Europa Ruhe hat. Und Europa kann nicht eher voll beruhigt sein, ehe nicht Mitteleuropa eine feste zukunftsstarke Lebensordnung gefunden hat. Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa sind die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten von Europa. Und diese wieder die Vorbedingung für die Vereinigten Staaten der Menschheit.“

Der Mitteleuropa-Gedanke ging auf Friedrich Naumann zurück. In seinem viel beachteten, 1915 erschienenen Werk „Mitteleuropa“ hatte der Befürworter der wilhelminischen Kolonial- und Flottenpolitik eine Abmilderung der deutschen Kriegsziele gefordert. Um Deutschlands Weltgeltung zu erhalten, propagierte er einen engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Zusammenschluss des Deutschen Reiches mit Österreich, nach Möglichkeit auch mit Staaten wie etwa Ungarn und Bulgarien.

Heiles Zugang zur Europapolitik stand offenkundig unter dem Einfluss von Naumanns Mitteleuropakonzeption, allerdings, so betont auch der Bremer Historiker Karl Holl, übernahm Heile nicht die machtsstaatlichen Positionen seines großen Vorbilds. „Die Beschäftigung mit dem Schicksal deutscher Minderheiten in Europa, schließlich nationaler Minderheiten überhaupt, lieferte weitere Impulse“, urteilt Holl und erklärt zusammenfassend: „Von daher und vor allem aufgrund seiner Weigerung, sich mit der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage abzufinden, gelangte Heile als großdeutscher Föderalist zu einer Europakonzeption, die von einer ‚organischen‘ föderativen Gliederung Europas die Lösung der europäischen Einzelprobleme erwartete“.

Bereits 1919, während des Kampfes „für eine zweckmäßige Gliederung des Deutschen Reiches“, versicherte Wilhelm Heile in seiner 1929 verfassten Schrift „Das Problem gerechter Grenzen

zwischen den Staaten", habe ihm klar vor Augen gestanden, „daß die deutsche Entwicklung vom Staatenbund über den Bundesstaat zum dezentralisierten Einheitsstaat auch für die Entwicklung Europas ein Vorbild werden könnte". Seine europäischen Visionen, die er zunächst publizistisch verbreitet hatte, beschrieb er 1922 auf einer in Wien stattfindenden Tagung der Interparlamentarischen Union. Heile gehörte der deutschen Gruppe der internationalen Vereinigung von Parlamentsmitgliedern bis in die frühen dreißiger Jahre an, obgleich er schon nach einer Legislaturperiode sein Parlamentsmandat verloren hatte. Zur Reichstagswahl am 4. Mai 1924 war er von der DDP nicht mehr als Kandidat aufgestellt worden. Seine proeuropäische Propaganda, vermuten Liberalismus-Forscher, sei wenigstens zum Teil für die Nichtnominierung verantwortlich gewesen. „Mit seinem Konzept zukünftiger supranationaler Integration in bundesstaatlicher Form", so Jürgen C. Heß, „war Heile den allermeisten seiner Parteifreunde weit voraus."

Erfolglos blieben die Bemühungen um eine längerfristige Zusammenarbeit mit dem Grafen Richard Coudenhove-Kalergi. Der österreichisch-japanische Diplomatensohn hatte im Oktober 1923 nach mehrjähriger Werbearbeit die Paneuropa-Union gegründet. Das Programm lieferte sein Anfang desselben Jahres in Wien erschienenen Buch „Paneuropa", mit dem sich Coudenhove beträchtliche Popularität verschaffen konnte. Darin propagierte er die Bildung eines europäischen Staatenbundes unter Ausschluss Englands, das durch das britische Weltreich zur außereuropäischen Orientierung gezwungen sei, und der Sowjetunion, die durch ihre Absage an das europäische System der Demokratie „politisch den Austritt aus Europa" vollzogen habe und den seit Peter dem Großen verfolgten „Anmarsch gegen Westen" fortsetze. Auch Heile schürte die Furcht vor dem „Imperialismus der Bolschewisten". In seiner Schrift „Nationalstaat und Völkerbund" bemühte er 1926 die „Erinnerung an Attila, Timur Lengh und Dschingis Chan und die Überflutung Europas durch innerasiatische Völkerwellen". Dem zersplitterten Europa, verkündete Coudenhove-Kalergi in einem Manifest vom April 1924, drohe ein Vernichtungskrieg, drohe die „Unterwerfung durch Rußland" und der wirtschaftliche Ruin. „Die einzige Rettung vor dieser Katastrophe ist: Pan-Europa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einer internationalen Gruppe, zu einem politischen und wirtschaftlichen Zweckverband."

Heile wurde 1924/25 kurzzeitig für die im Aufbau befindliche deutsche Sektion der Paneuropa-Union tätig. Vergeblich hoffte er, Coudenhove zu einer Kooperation mit anderen deutschen

Vom ehren- zum hauptamtlichen Proeuropäer

Initiativen bewegen zu können. Er musste zudem erkennen, dass der autoritäre Führungsstil des Grafen ihm wenig Spielraum für selbständige Aktivitäten lassen würde. Auf Coudenhoves entschiedene Kritik war Heiles Engagement in dem 1924 gegründeten deutschen Komitee für die „Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ gestoßen. Die von dem Berliner Journalisten Alfred Nossig und von Reichtagsmitgliedern unterschiedlicher Parteien initiierte Aktionsgemeinschaft begriff die deutsch-französische Verständigung als Grundvoraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und orientierte sich an dem universellen Völkerbundgedanken, wohingegen Coudenhove forderte, den Völkerbund zu dezentralisieren und als bloße Ergänzung zu Paneuropa aufzufassen.

Über die Interparlamentarische Union pflegte das Komitee Kontakte zu ähnlichen, 1925 in Frankreich, Großbritannien und Polen entstandenen Gruppierungen. Außenminister Gustav Stresemann unterstützte das deutsche Aktionsbündnis, das auf der Linie seiner Verständigungspolitik agierte und später in „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit“ umbenannt wurde. Im Frühjahr 1926 erfolgte nach längeren Vorverhandlungen, die Wilhelm Heile mit Stresemann und weiteren Vertretern des Auswärtigen Amtes geführt hatte, die Konstituierung als „Verband für europäische Verständigung“. Namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens warben in einem Aufruf für die Sammlungsbeziehung. Zu den Unterzeichnern zählten neben dem amtierenden Reichskanzler und seinem Vorgänger, neben Ministern, Reichstagsabgeordneten, Bankiers, Unternehmern sowie führenden Vertretern von Gewerkschaften und Berufsverbänden unter anderem Albert Einstein und Gerhart Hauptmann. In dem Aufruf wurden die Locarno-Verträge als „Zeichen für die Aussöhnung der europäischen Völker“ gewertet, wurde zu einer Sammlung aller Bevölkerungskreise „für die Sicherung der deutschen Interessen“(!) und die „Annäherung der Völker“ aufgefordert.

Finanziell unterstützt wurde die überparteiliche Organisation vom Auswärtigen Amt. Die Präsidentschaft übernahm der Völkerrechtslehrer Walther Schücking; Wilhelm Heile, der unter anderem durch die Interparlamentarische Union und als Vizepräsident der Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques similaires (Vereinigung liberaler Parteien) bereits über vielfältige Auslandskontakte verfügte, war als geschäftsführender Präsident für die internationalen Verbindungen zuständig. Heile und andere führende Vertreter des Verbandes sahen diesen nicht zuletzt als Instrument für eine friedliche Revision des Versailler

Vertrages. Als unverzichtbar für eine dauerhafte Befriedung und Einigung Europas galt ihnen die Einbindung Englands. Auf einer Anfang November 1926 im Reichstag veranstalteten Kundgebung des deutschen Verbandes für europäische Verständigung unterstrich Heile die Zugehörigkeit Großbritanniens zu Europa. Aber auch Russland müsse, „wenn es innerlich reif und bereit ist für die Teilnahme am Werke der europäischen Solidarität, die Pforte für den Eintritt weitgeöffnet“ vorfinden.

Am 2. September 1926 hatte sich der Verband mit nationalen



Den Höhepunkt seines pro-europäischen Engagements überschritten: Heile im Jahr 1931

Komitees aus 21 europäischen Ländern zum „Verband (Bund) für europäische Verständigung“ zusammengeschlossen. Das Amt des Präsidenten wurde dem französischen Radikalsozialisten Emile Borel übertragen. Einstimmig verabschiedete die Genfer Gründungsversammlung einen Aufruf, in dem als Hauptaufgaben der neuen Dachorganisation genannt wurden: „Herbeiführung der europäischen Entspannung sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Beseitigung der Ursachen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die tunlichste politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zwecks Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen.“

Nachdem es Borel und radikalsozialistischen Abgeordneten nur wenige Monate später gelungen war, eine neue, überdies erfolgreiche Bewegung ins Leben zu rufen, der sich einflußreiche Mitglieder sowohl des französischen Komitees für internationale Verständigung als auch

französische Paneuropäer zuwandten, nahm Heile Gespräche mit Coudenhove über eine mögliche Zusammenarbeit in Deutschland auf. Doch die Verhandlungen der beiden Rivalen waren von tiefem gegenseitigem Misstrauen geprägt. Das schließlich im Dezember 1927 durch Heiles Verband, die Paneuropa-Union Deutschlands und weitere Organisationen gebildete „Deutsche Kartell für europäische Annäherung“ zerfiel nach kurzer Zeit. Holl spricht von einem intrigenreichen Kleinkrieg zwischen Heiles und Coudenhoves Gruppierung. So versuchte der Graf

offensichtlich Kapital aus dem nicht erlahmenden Engagement seines Kontrahenten für die Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich zu schlagen und ihn deshalb auf französischer Seite in Misskredit zu bringen. Wilhelm Heile war Vizepräsident im Österreichisch- Deutschen Volksbund, der führenden Anschluss-Organisation. Der Angliederung, argumentierte er 1926 in seinem Buch „Nationalstaat und Völkerbund“, würde zu einer Erholung der österreichischen Wirtschaft und zur Bereinigung eines gefährlichen politischen Krisenherdes führen. Im Zentralorgan des Österreichisch- Deutschen Volksbundes vertrat er 1928 sogar die Ansicht, dass der Anschluss Voraussetzung für die „Gesundung der nationalen und internationalen Organisation der europäischen Staatenwelt“ sei.

In Berlin war man der Auseinandersetzung zwischen den beiden Europa-Protagonisten müde. Stresemann ließ Heile „die alsbaldige Begrabung des Kriegsbeiles“ empfehlen. Obgleich im Auswärtigen Amt mittlerweile auch die Existenzberechtigung seines Verbandes in Zweifel gezogen wurde, da „nahezu alle Ziele seiner Organisation teils vom Völkerbund selbst, teils von den Völkerbundlichen mit Nachdruck verfolgt“ würden, flossen weiterhin Subventionen. Am 25. November 1928 nahm die Schücking-Heile-Gruppe an der Gründung des „Bundes für europäische Cooperation“ teil. Nationalkomitees aus inzwischen 26 Ländern hoben auf einer Generalversammlung in der Pariser Sorbonne die Nachfolgeorganisation des Verbandes für europäische Verständigung aus der Taufe. In der Rolle des Präsidenten wiederum Emile Borel, und während Walther Schücking zu einem der fünf Vizepräsidenten gekürt wurde, erhielt Wilhelm Heile als einer von zwei Generalsekretären die Aufgabe, sich der internationalen Propaganda und der Kontaktpflege zwischen den nationalen Sektionen zuzuwenden.

Gemeinsam mit Borel unternahm Wilhelm Heile Schritte für ein Aktionsprogramm. In diesem Zusammenhang entwickelte er eine Reihe von praktischen Vorschlägen für eine europäische Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Kultur. Auch eine gemeinsame Verteidigungsorganisation war Gegenstand seiner Überlegungen.

Jürgen C. Heß sieht in „Heiles Rolle die eines der aktivsten der führenden Proeuropäer in der Weimarer Republik“. Doch ungeachtet seiner vielgestaltigen internationalen Kontakte, trotz führender Tätigkeit in europäischen Verbänden und in der Interparlamentarischen Union gelang es ihm nicht, erkennbaren Einfluss auf die

deutsche Außenpolitik der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zu nehmen. Durch den zunehmenden Rechtsruck, auch innerhalb seiner eigenen Partei, geriet Heile seit 1929/30 mehr und mehr in die Isolation.

In deutschen Regierungskreisen übte man seinen Europa-Visionen gegenüber Zurückhaltung. Ministerialdirektor Köpke monierte am 21. Dezember 1929 in einer Aufzeichnung für Reichsaußenminister Curtius: Wilhelm Heiles Europa-Ziele seien „noch ziemlich verschwommen und in ihren außenpolitischen Auswirkungen nicht ganz übersichtlich“. Er habe, urteilt Heß, in einem letztlich doch „wirklichkeitsfremden, ja unpolitischen Idealismus nach dem Allheilmittel für die Lösung der außenpolitischen Probleme der Weimarer Republik“ gesucht. Der „utopische Grundzug seines politischen Wollens während der Weimarer Republik“ sei unübersehbar. Auch neigte er zur Überschätzung seiner eigenen Rolle und des für Europa Erreichten, ließ er es häufig an Selbstkritik mangeln. In einem Brief an Jules Rais, den Generalsekretär des Comité Français de Coopération Européenne, wagte er 1931 die kühne Behauptung, der europäische Gedanke habe sich in Europa durchgesetzt, und fügte hinzu: „Fast möchte ich wagen zu sagen: ich habe ihn durchgesetzt ...“

Dem deutschen Verband für europäische Verständigung, dessen Vorstand 1928 die Bezeichnung „Deutsches Comité für europäische Cooperation“ angenommen hatte, wurden Ende 1930 seitens des Auswärtigen Amtes die Subventionen gekürzt. Die Gruppierung sah sich daraufhin im Februar 1931 gezwungen, mit der Deutschen Liga für Völkerbund zu fusionieren. Wilhelm Heile übernahm die Geschäftsleitung des neuen Komitees.

„Innere Emigration“ und politisches Comeback

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten verurteilte den erklärten Nazi-Gegner zur politischen und publizistischen Untätigkeit. Mehrfach wurde Wilhelm Heile in den folgenden Jahren von der Gestapo verhört und schwer misshandelt. Seine umfangreichen tagebuchähnlichen Notizen sowie der größte Teil seiner Korrespondenz gingen durch Hausdurchsuchungen verloren.

Im Frühjahr 1933 verkaufte der ehemalige Verbandsfunktionär sein Einfamilienwohnhaus in Berlin-Zehlendorf und erwarb das in der Niederlausitz gelegene Gut Tzscheeren, um es selbst zu bewirtschaften. Schon 1936 kehrte er nach Berlin zurück; der Versuch einer neuen Existenzgründung war an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der zu den Gründungsmitgliedern der DDP zählte und sich in der Endphase

der Weimarer Republik als Wegbereiter Hitlers betätigt hatte, verschaffte seinem Parteifreund eine bescheidene Position in der Reichsbank. Heile arbeitete als Übersetzer vornehmlich ausländischer Zeitschriften und Zeitungen in der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung. Nebenberuflich übernahm er und seine Frau Marie Lektoratsarbeiten für einen Berliner Verlag.



Heiles Haus in Berlin-Zehlendorf, Milinowskistr. 34

Nachdem Schacht Anfang 1939 als Reichsbankpräsident ausgeschieden war, behielt sein Schützling zwar die Anstellung in der Deutschen Reichsbank, doch die privaten Sorgen, vor allem die Erkrankung seiner Frau und ihr früher Tod im Oktober 1939, drückten den Vater dreier Kinder nieder. Hinzu kam, dass eine im Ersten Weltkrieg erlittene Kopfverletzung ihm schwer zusetzte. Geplagt von ständigen Kopfschmerzen und zeitweisigem Augen-

versagen gab er Ende 1941 den Dienst in der Reichsbank auf.



Das Kreishaus in Syke

Heile verließ die Hauptstadt, um sich nach Colnrade zurückzuziehen, dem südwestlich von Bremen gelegenen Geburtsort seines Vaters. Hier erlebte der 63-Jährige den Untergang des Dritten Reiches, und von hier aus startete er sein kurzes politisches

Comeback. Eingesetzt von der britischen Militärregierung, führte Wilhelm Heile seit Sommer 1945 als hauptamtlicher Landrat die Syker Kreisverwaltung. Von 1946 bis 1948 nahm er im Kreis Grafschaft Hoya das repräsentative Ehrenamt des Landrates neuer Prägung wahr.

Entscheidenden Anteil hatte der Altliberale und Vertraute Naumanns am Aufbau der FDP. Ihr erstes Parteiprogramm, die „Syker Richtlinien“, stammt aus seiner Feder. Für kurze Zeit stand er an der

Spitze des FDP-Verbandes in der britischen Zone. Auf dem ersten Parteitag, der im Mai 1946 in Bad Pyrmont stattfand, knüpfte er an seine in der Weimarer Republik verfochtenen politischen Ziele an, als er wiederholt sein unerschütterliches Bekenntnis zum Föderalismus und zur vermeintlichen deutschen Sendungsaufgabe ablegte: „Laßt uns also, indem wir hier auf deutschem Boden unseren deutschen Staat, unsere deutsche Selbstverwaltung und Selbstregierung errichten, diese Selbstregierung unseres Volkes so aufbauen, daß unsere Föderation der sich selbst verwaltenden Glieder unserer Nation vorbildlich für alle Völker wird und angrenzend aus ihr die europäische Föderation sich entwickeln kann. Dann bedeutet die deutsche Einheit die Voraussetzung für den Zusammenschluß aller Völker Europas zu den Vereinigten

Staaten von Europa. Und dann wird hieraus von selbst und mit demselben Tage das feste Fundament gelegt sein für die Vereinigten Staaten der Erde. Das ist die deutsche Mission, die heilige Mission unserer Vergangenheit ...“



Treffen der drei Zonenvorsitzenden der liberalen Parteien am 28./29. September 1946: (v. l. n. r.) Theodor Heuss, Wilhelm Heile und Wilhelm Külz.

Mit ganzer Kraft stellte sich Heile in den Dienst des demokratischen Wiederaufbaus. Er bewältigte ein enormes Arbeitspensum, insbesondere außerhalb seiner Funktion als Syker Landrat, was ihm angesichts häufiger Abwesenheit mancherlei Kritik im Kreisgebiet eintrug.

Vom August bis zum November 1946 war er Mitglied im ernannten Landtag des kurzlebigen Landes Hannover, amtierte während dieser Zeit als stellvertretender Ministerpräsident, außerdem von September bis November 1946 als Minister für Wirtschaft und Verkehr. Bis zum Frühjahr 1951 verfügte das ausgeschiedene Regierungsmitglied über ein Abgeordnetenmandat im niedersächsischen Landtag. Heile gehörte dem Zonenbeirat der Britischen Zone und dem Parlamentarischen Rat in Bonn an, der das Grundgesetz ausarbeitete. Am Ende stimmte der niedersächsische Föderalist, der sich „konstruktiv an der Mitgestaltung des Verfassungswerkes beteiligt hatte, gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik - aus innenpolitischen Erwägungen. Vor allem die Eigenständigkeit der Länder glaubte er nicht genügend berücksichtigt.

In der FDP war der Parlamentarier zu diesem Zeitpunkt nicht mehr



*Eutiner Kongress –
am Rednerpult links
Wilhelm Hermes*

vertreten. Seine Bemühungen um die Schaffung einer Sammelpartei rechts der SPD waren bei den Freidemokraten auf Widerstand gestoßen, darüber hinaus hatte die Vorstandsriege seine europäischen Visionen mit Skepsis betrachtet. Mitte November 1946 war Heile der Rücktritt als FDP-Präsident nahegelegt worden. In dieser Situation traf er am 9. Dezember 1946 im Syker Hotel „Schützenhaus“ mit drei Parteifreunden zusammen, um die insbesondere von dem FDP-Generalsekretär Wilhelm Hermes vorbereitete Gründung der deutschen Europa-Union zu vollziehen. Mit dabei waren die bereits angestellten Bezirksgruppen-Geschäftsführer Drasdo und Rütten. Im „zentralen Gründungsausschuss“ fanden sich neben Heile und Hermes der Düsseldorfer FDP-Kreisvorsitzende Wilhelm Hellwig, der Fabrikant Walter Hasemann, Vorsitzender der FDP Hannover, und schließlich der nicht anwesende Nicolaus Möller aus dem schleswig-holsteinischen Meldorf.

Wilhelm Heile, der erste Vorsitzende, bemühte sich in den folgenden Monaten um einen Zusammenschluss mit den anderen deutschen Europa-Gruppierungen. Auf dem vom 21. bis 23. Juni 1947 in Eutin abgehaltenen Delegiertenkongress der Europa-Union erneuerte er sein Fusionsangebot, wurde jedoch aus der Führungsspitze verdrängt.

Von der FDP hatte er sich inzwischen, nach einem Parteischiedsgerichtsverfahren, verabschiedet. Der Wechsel zur rechtslastigen

Kur z p r o t o k o l l
ü b e r

die Sitzung des zentralen Gründungsausschusses in Syke,
Bez. Bremen am 9. Dezember 1946

Anwesend waren die Herren:

Heile, Hermes, Hellwig, Dr. Hasemann sowie die beiden Bezirksgruppen-
Geschäftsführer Drasdo und Rütten.

Es wurde beschlossen:

- 1) Bis zu einer neuen Fassung der Programmatischen Richtlinien, die Herr Heile sich bereit erklärte auszuarbeiten, dienen die von Herrn Hermes vorgelegten Richtlinien und das 18-Punkte-Programm als Wegweiser und Unterlage für die Anmeldung bei der Militärregierung
- 2) Die von Herrn Hermes vorgelegten Satzungen wurden einstimmig als vorläufige Satzungen beschlossen.
- 3) Dem zentralen Gründungsausschuß gehören vorerst an die Herren:

Wilhelm Heile, Syke, als 1. Vorsitzender,
Wilhelm Hermes, als geschäftsf. Vorsitzender und Leiter
der deutschen Gesamtorganisation,
Nicolaus Möller, als Leiter der Organisation
Schleswig-Holstein,
Wilhelm Hellwig, als Leiter der Organisation für
Nordrhein-Westfalen.

Herr Dr. Hasemann gehört dem Gründungsausschuß stimmberechtigt jedoch vorerst nicht als Mitglied an. Er übernimmt die Leitung der Organisation für den gesamten Raum Niedersachsen.

Über die Hinzuziehung weiterer Gründungsausschuß-Mitglieder, die möglichst nicht der FDP angehören sollen, ist jeweils ein Beschluß des jetzigen Gründungsausschusses erforderlich.

- 4) Der von Herrn Heile verfaßte Bericht über die Gründung der „Europa-Union“ wird unverzüglich an Presse und Rundfunk weitergeleitet.
- 5) Die „Europa-Union“ wird erst dann an Wahlen in der britischen Zone teilnehmen, wenn hierzu eine zwingende Notwendigkeit vorliegt.

Herr Möller konnte an der Sitzung nicht teilnehmen; er hatte sich entschuldigen lassen

gez. Hermes

Vert.: Heile, Hermes, Hellwig,
Möller, Dr. Hasemann,
Kauffmann



*Wilhelm Heile
im Gespräch mit
Erich Mende*

Niedersächsischen Landespartei, seit Sommer 1947 Deutsche Partei, verschaffte dem liberalen Querdenker nicht den erhofften Spielraum. 1951 zog er sich von der überregionalen politischen Bühne zurück. Das letzte Ehrenamt, den Vorsitz im Roten Kreuz des Landkreises Grafschaft Hoya, legte er 1956 nieder.

Seinen Lebensabend verbrachte der Politiker in Harpstedt. Es

schmerzte ihn, dass nicht er, sondern sein alter Rivale Coudenhove die Lorbeeren als „Vater des Europa-Gedankens“ einheimste, wo dieser doch, so Heile in einer autobiografischen Skizze aus den frühen 1960er Jahren, „die Verwirklichung Europas durch seinen kontinentalen Machtwunschtraum zur rechten Zeit verhindert“ habe. Und während Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi 1950 für seine Verdienste um die europäische Einigung den ersten internationalen Karlspreis der Stadt Aachen erhielt, musste sich Wilhelm Heile mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens begnügen. 1968 wurde es ihm verliehen – ein Jahr vor seinem Tod. Wilhelm Heile starb hochbetagt am 17. August 1969 in Harpstedt.

Ausgewählte Literatur

Vanessa Conze, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas (= Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 165), Gleichen 2003

Dies., Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970) (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 69), München 2005

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, Paneuropa, Wien u. Leipzig 1923

Wilhelm Heile, Stammesfreiheit im Einheitsstaat (= Die Staatsbürgerschule, 1), Berlin 1919

Ders., Die Vereinigten Staaten von Europa, in: Die Hilfe, Nr. 18 v. 25. Juni 1922, S. 274-276

Ders., Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt 1926

Ders., Europäische Cooperation, Berlin 1929

Ders., Das Problem gerechter Grenzen zwischen den Staaten, Berlin 1929 (= Sonderdruck aus der „Friedens-Warte“ Nr. 10/11 1929)

Ders., Abschied von der FDP, Syke 1947

Jürgen C. Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: Historische Zeitschrift, Bd. 225 (1977), S. 572-622

Ders., „Das ganze Deutschland soll es sein“ - Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei (= Kieler Historische Studien, Bd. 24), Stuttgart 1977

Karl Holl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Bd. 219 (1974), S. 33-94

Walter Lipgens, Europäische Einigungsidee 1923-1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in Historische Zeitschrift, Bd. 203 (1966), S. 46-89 u. 316-363

Ders., Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil: 1945-1947, Stuttgart 1977

Ludwig Luckemeyer, Wilhelm Heile. 1881-1981. Föderativer liberaler Rebell in DDP und FDP und erster liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland, Wiesbaden 1981

Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915 Carl H. Pegg, Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925-1930, in: Europa-Archiv, F. 22 (1962), S. 783-790

Wilhelm Heile und das föderale Europa¹

Markus Behne

Der ehemalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Klaus von Dohnanyi, stellte in einem Beitrag für den Deutschlandfunk heraus, welche Rolle Deutschland für die europäische Einigung spielen könne: „Wir Deutschen besitzen viel für eine wichtige Rolle im Einigungsprozess Europas [...] In der EU leben nur Deutschland und Österreich in einer Geschichte der Konföderation. Und nur der Föderalismus kann das Leitbild der zukünftigen politischen Gestalt Europas sein“². Ähnlich dachte auch der frühe deutsche Europaföderalist Wilhelm Heile. Heile suchte und fand, ebenso wie Dohnanyi, das Leitbild für eine europäische Einigung im deutschen und österreichischen Staatswesen. Der 1881 in Diepholz geborene Heile ging sogar noch einen Schritt weiter. Heile entwarf, kurz nach dem 2. Weltkrieg, ein Staatskonzept für Deutschland, das vollkommen von der Einigung des Kontinents abhing.

„Wie wir Deutschen in diese Einigung Europas hineingehen, geteilt oder geeinigt, das ist gar nicht so wichtig. Und auch der Name, den man der Form der Einigung gibt, ist nicht von Belang. Wenn man nur überhaupt in die europäische Einigung hineingeht, dann wird das andere ganz von selbst kommen. [...] Weil ich davon überzeugt bin, das es so ist, habe ich den leidenschaftlichen Wunsch, daß wir Deutschen, wenn wir für unsere eigene Einigung arbeiten, die Form unserer Einigung so wählen, daß wir mit der Form unserer Einheit bereits den Weg ebnen, der die Einigung Europas bringen muß.“³ (Heile 1947, Eutiner Rede, 31).

Damit drehte er den Spieß um: nicht die Nationalstaaten entscheiden das Aussehen der europäischen Vereinigung, sondern das geeinte Europa bestimmt das Aussehen seiner Länder. Radikal wirkt seine Vorstellung von einer sehr lockeren deutschen staatlichen Struktur bis hin zum Verzicht auf formelle, einheitliche Staatlichkeit. Stattdessen böte die europäische Integration einen Rahmen für eine emotionale deutsche Zusammengehörigkeit. Die Rede auf dem Eutiner Gründungskongress der Europa-Union im Juni 1947 – für Heile seine wichtigste proeuropäische Nachkriegsrede – steht im Ausklang der Idee der Nachkriegs-Europabewegung, die „Stunde Null“ auf dem Kontinent könnte die Reste der kollabierten Nationalstaaten aus dem Nichts in die Vereinigten Staaten von Europa überführen. Allerdings etablierten sich die Nationalstaaten direkt nach dem Krieg neu und in Deutschland entstanden gerade gleich zwei Staaten als Ausdruck der Ost-West-Konfrontation. Heile visio-

nierte eine Lösung der sich manifestierenden Blockbildung durch globale Kooperation – beginnend in Europa. Europa als dritte Kraft war in der Frühphase des Kalten Krieges das Leitbild vieler Proeuropäer (Lipgens 1977, 263-293)⁴. Für Heile stellten seine Pläne aber vor allem die Fortsetzung seiner Bestrebungen aus der Weimarer Zeit dar.

Als Stellvertreter Friedrich Naumanns beteiligte sich Heile am 16. November 1918 an der Berliner Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und vertrat die linksliberale Partei als Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und dann, 1920 bis 1924, im Reichstag. Die Formulierung des föderalistischen Art.18 der Weimarer Verfassung geht maßgeblich auf ihn zurück. Mit der Forderung der Auflösung Preußens und Gründung eines Landes Niedersachsen setzte er seine antipreußische Einstellung fort (Holl 1974, 34)⁵. Als Mitglied des Reichstags arbeitete er unter anderem für die Revision der, von ihm als unnatürlich empfundenen, Teilung Österreichs von Deutschland (Heß 1977, 573)⁶.

Internationale Kontakte knüpfte er, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag, als Schriftführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, deren Vorsitzender sein Fraktionskollege der Pazifist Walther Schücking war (Holl 1974, 35f.; Luckemeyer 1981, 100)⁷. Diese Tätigkeit stellte für ihn die Basis seines von nun an wichtigsten Anliegens dar, der Europapolitik. Bereits 1922 forderte Heile erstmals auf internationaler Bühne, während der ersten Nachkriegstagung der Interparlamentarischen Union 1922 in Wien, die Vereinigten Staaten von Europa⁸. Im Juli 1924 schloss er sich zusammen mit weiteren Politikern der DDP, SPD und des Zentrums, dem „Komitee für die Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ an (Holl 1974, 38f.).

Heile veröffentlichte seine Ideen 1923 in den (Heile 1926, X)⁹ Schriften „Nationalstaat und Völkerbund“ und „Gedanken zu Deutschlands europäischer Sendung“ (vgl. Luckemeyer 1981, 98). Während Heiles Publikationen in der Öffentlichkeit relativ ungewürdigt blieben, weckte der Österreicher Graf Coudenhove-Kalergi mit seinem im selben Jahr in Wien und Leipzig verlegten Buch „Pan-europa“ (Coudenhove-Kalergi 1923)¹⁰, lebhaftes öffentliches Interesse.

Heile sprach daraufhin Coudenhove auf eine gemeinsame Mitarbeit am Komitee für die Interessengemeinschaft an. Coudenhove lehnte ab. Er hielt eine von Deutschland aus eingeleitete Einigungsbewegung für wenig erfolgversprechend. Er sah außerdem die

Finanzierungsmöglichkeiten unter seiner aristokratischen Führung für gesichert, bei einer Linksausrichtung mit Heile aber als gefährdet an. Im Gegenzug bot Coudenhove Heile an, den Aufbau der von ihm gegründeten Paneuropabewegung als Generalsekretär in Deutschland voranzutreiben, sich darüber hinaus aber jeglicher internationaler Initiativen zu enthalten. Für Heile inakzeptabel (Holl 1974, 36f.).

Die durch den persönlichen Führungsanspruch beider ausgelöste Unvereinbarkeit, machte jede, zumeist von Heile initiierte, Fusionsanstrengung aussichtslos. Jede Aktion beider Verbände wurde stets mit dem Hintergedanken des Übertrumpfens der Konkurrenz geführt. In der Öffentlichkeit und beim Auswärtigen Amt musste dieser „intrigenreiche Kleinkrieg“ (ebd., 60ff.) lächerlich wirken. Der vordergründige Streit Heiles und Coudenhoves verdeckte die tatsächlichen inhaltlichen Unterschiede aber mehr als das er sie verdeutlichte. Während Heile eine integrative Form Europas anstrebte, die den einzelnen Gliedern, bis hin zu lokalen und regionalen Gruppen, durch Zusammenschluss größtmögliche Unabhängigkeit in der kulturellen und politischen Selbstverwirklichung ermöglichen sollte¹¹, war Coudenhoves Programm grundsätzlich auf die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der europäischen machtpolitischen Stellung in einer Welt von fünf machtpolitischen Blöcken ausgerichtet: Pan-Amerika, das britische Empire, das japanisch dominierte Ostasien sowie die Sowjetunion. Pan-Europa, als Erbe des karolingischen Reiches, konnte seiner Meinung nach seine Existenz gegenüber einer russisch-bolschewistischen Expansion sowie seine Weltgeltung im Konzert der Weltmächte nur durch einen Zusammenschluss bewerkstelligen.

Während kritische Beobachter, wie der Journalist Carl von Ossietzky¹², vor allem die aristokratisch kulissenhafte, auf politische Realisierung kaum abzielende Selbstinszenierung Coudenhoves¹³ angriffen, monierte Heile in erster Linie die beabsichtigte Ausschluss Großbritanniens aus Europa (Heile 1929)¹⁴. Heile wies zunehmend energisch auf eine zwangsläufige Oppositionshaltung Großbritanniens zu einem derartigen, potentiell aggressiven, kontinentaleuropäischen Block hin, der zudem zwangsläufig einen deutsch-französischen Hegemoniestreit auslösen würde (Holl 1974, 45). In Churchills Züricher Rede des Jahres 1946 erkannte Heile später denselben Irrweg (vgl. im Anhang Rede Churchills).

Die Jahre bis 1928 waren für den Heile-Verband durch den Versuch geprägt, Mitglieder auch außerhalb der Parteien der Weimarer Koalition zu gewinnen. Damit sollte die zögerliche Unterstützung des

Auswärtigen Amtes unter Stresemann positiv beeinflusst werden und mit den, überall in Europa gegründeten, Schwesterorganisatio-

nen, vor allem der französischen, gleichgezogen werden. Zahlreiche Namensänderungen sind Ausdruck dessen und mündeten schließlich durch die Fusion mit dem „Europäischen Zollverein“ in „Comité für europäische Verständigung“. Dies ermöglichte am 24.



Eröffnung der Berufspädagogischen Akademie in Hannover am 11. Sept. 1945. Von rechts: Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD), sein Stellvertreter Wilhelm Heile (F.D.P.), Kultusminister Adolf Grimme (SPD), Wirtschaftsminister Dr. Ernst Nölting (SPD)

November 1928 in Paris die Gründung der „Fédération des Comités Nationaux de Coopération Européenne“ mit Heile als Generalsekretär neben dem Franzosen Jules Rais. Die Bedeutung der Föderation wurde bei den Versammlungen im November 1928 in Paris, im Februar 1929 in Brüssel, im Mai 1929 in Madrid und im Juni 1930 in Genf deutlich (vgl. Holl 1974, 76ff.).

Mit dem Tod Stresemanns fehlte auf deutscher Seite die offizielle Unterstützung der europapolitischen Tätigkeit Heiles. Während der Nazi-Herrschaft verfolgt¹⁵, zog Heile schließlich zu Verwandten in die Gegend um Syke (Luckemeyer 1981, 110-115). Seine Kontakte ins europäische Ausland und innerhalb Deutschlands konnte Heile nicht aufrechterhalten. Von den Europa-Plänen der deutschen und internationalen Widerstandsgruppen (Lipgens 1968)¹⁶ war er folglich abgeschnitten. Er übernahm aber sofort nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft lokale politische Funktionen und wurde im Mai 1945 durch die britische Besatzungsbehörde zum Landrat des Landkreises Grafschaft Hoya in Syke ernannt (Luckemeyer 1981, 117). Er gehörte auch dem drei Monate existierenden, von der Besatzungsverwaltung ernannten, Landtag Hannovers als Vorschlag der, von ihm mitbegründeten, Freien Demokratischen Partei (FDP) an (ebd., 118ff.). Die Forderung nach einem starken Niedersachsen führte Heile schließlich, nach einem Streit mit der FDP-Parteiführung, zur konservativen, zunächst partikularistischen Niedersächsischen Landespartei (NLP). Nach ihrer Umbenennung in Deutsche Partei (DP) vertrat Heile sie im Landtag

und im Parlamentarischen Rat in Bonn (ebd., 130ff.).

Die Gründung der Europa-Union steht im Kontext der Verdrängung Heiles aus der FDP. Letztlich wurde der am 25. November durch Heiles Mitstreiter Wilhelm Hermes¹⁷ angestoßene und in Heiles Haus in Syke gefasste Gründungsentschluss durch die am 16. November vom FDP-Vorstand ausgesprochene Rücktrittsaufforderung vom Präsidium und Heiles Ausscheiden aus der Regierung in Hannover ausgelöst (Lipgens 1977, 418f.; Luckemeyer 1981, 124). Mit der Übernahme des Namens und der Organisationspapiere der schweizerischen „Europa-Union“, ab Frühjahr 1947 auch der Verteilung ihrer Lebensmittelhilfen (Lipgens 1977, 422), verbanden sich Heile und Hermes, denen vorläufig noch ihre Parteitätigkeit als Organisationsbasis diente¹⁸, mit einem der größten proeuropäischen Verbände des Kontinents. Die Paneuropäer der Schweiz hatten sich 1933 von den Parteiplänen Coudenhoves abgewandt und zusammen mit anderen den neuen Verband gegründet, der zu einem Fluchtziel vieler deutscher Proeuropäer wurde. Der deutsche Emigrant Heinrich Georg Ritzel¹⁹, der vor 1933 mit Heile in Verbindung gestanden hatte und den Nachkriegskontakt zu Hermes herstellte, wurde ihr Generalsekretär²⁰.

Als sich am 9. Dezember 1946 der Gründungsausschuss, bestehend aus fünf Freidemokraten aller drei Flächenländer der britischen Besatzungszone und zwei bereits hauptamtlichen Geschäftsführern, konstituierte²¹, hatte Hermes bereits anderen proeuropäischen Gründungen mitgeteilt, die deutsche Sektion der Europäischen Bewegung sei die Europa-Union. Die Gründung der deutschen Europa-Union war somit kein Zusammenschluss bereits bestehender Gruppen, erfolgte aber als einzige²² in Kenntnis der bestehenden Gruppen und in der Absicht, deren Dachverband zu bilden. Zumindest aber sollte der Verband, wie Hermes gegenüber Heile erstmals am 5. Dezember feststellte²³, bei einer Fusion die größte und damit bestimmende der bereits existierenden Organisationen sein. Da auch andere, wie die Hamburger Paneuropäer und die Stuttgarter Europäische Aktion (Lipgens 1977, 389-402, 414-417), denselben Anspruch verteidigten, kam es zu einer das ganze Jahr 1947 andauernden, lähmenden Blockade der deutschen Gruppen²⁴.

Erst im März 1947 gab sich die Europa-Union Deutschland ein eigenes, von Heile verfasstes Programm. Die sogenannten „Richtlinien“ wurden, ergänzend zum weiterhin gültigen „Hertensteiner Programm“ (vgl. im Anhang)²⁵, im 14-tägigen „Informationsdienst“ an alle Mitglieder in einer Auflage von 10.000 Stück vertrieben.

Inhaltlich waren sie von Heiles antiquiertem Stil sowie einer möglichst breite politische Kreise ansprechenden Unschärfe geprägt und dadurch, im Vergleich zu den Organisationspapieren anderer Gruppen, eher etwas dürftig. Hinzu kam, dass Heile es

vernünftigerweise für verfrüht hielt, „Einzelheiten der Verfassung des europäischen Staatenbundes schon heute formulieren zu wollen“ (BA NL Heile, Bd.98).



*Gründungsort der
EUROPA-UNION
im schweizerischen
Hertenstein heute*

Heile versuchte durch direkte Ansprache der anderen Parteiführungen, ähnlich den Versuchen in der Weimarer Republik, die politische Basis der Bewegung zu verbreitern²⁶.

Trotz außenpolitischer Zurückhaltung der Parteileitungen beteiligten sich ab März/April 1947, also nach Ausscheiden Heiles aus der FDP, prominente SPD- und CDU-Politiker²⁷. Um das von Hermes vorgegebene Ziel zu erreichen, die mitgliederstärkste der deutschen Gruppen zu werden, ging die Europa-Union seit dem Frühjahr 1947 dazu über, durch öffentliche Kundgebungen, so in Duisburg am 27. April und am 1. Mai in Kiel (Lipgens 1977, 431), mit Heile als Hauptredner Mitglieder zu werben. Im Zentrum seiner Reden stand, neben einer allgemeinen Förderung des Europa-Gedankens, eine unbedingt zu erhaltende pazifistische, da entmilitarisierte Rolle Deutschlands im Einigungsprozess.

Im teilweise chaotischen Einigungsprozess der frühen pro-europäischen Verbände der Bundesrepublik verlor Heile alsbald seine führende Stellung und geriet, anders als sein Konkurrent Coudenhove, in Vergessenheit. Seit dem Frühjahr 1949 verzichtete der inzwischen auf seine politische Umwelt starrsinnig wirkende Heile (Spiegel 20/1949, 4f.) sukzessive auf Landratsamt, Bundestagskandidatur und erneute Kandidatur zur niedersächsischen Landtagswahl 1951 und ließ schließlich auch seine Parteitaktivitäten ruhen. Wilhelm Heile verstarb am 17. August 1969, fast 88-jährig, zu Hause bei der Familie seines Sohnes Dirk Heile in Harpstedt (Luckemeyer 1981, 154ff.).

Anmerkungen

- 1 Diese Aufsatz beruht auf: Behne, Markus W. 2007, „Völker Europas vereinigt euch“, Oldenburg: BIS-Verlag (Publikation in Vorbereitung).
- 2 Dohnanyi, Klaus von 25.09.2006 . 08:20 Uhr, Ein starkes Europa bauen. (www.dradio.de/dlf/sendung/schwarzrot-gold/545892/ letzter Zugriff: 6.10.2006)
- 3 Die Eutiner Rede wird im Rahmen der Gesamtdarstellung (siehe Anm.1) erstmals veröffentlicht. BA NL (Bundesarchiv, Nachlass)Heile, Bd. 121.
- 4 Lipgens, Walter 1977, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik:1945 - 1950, Bd. I (1945 - 1947), Stuttgart.
- 5 Holl, Karl 1974, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift Nr. 219, 33-94.
- 6 Heß, Jürgen C. 1977, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: Historische Zeitschrift, Nr. 225, 572 - 622.
- 7 Luckemeyer, Ludwig 1981, Wilhelm Heile: 1881 - 1981. Förderativer Rebell in DDP u. FDP u. 1. liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland, Wiesbaden.
- 8 Zahlreiche Artikel und Veröffentlichungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts führten diesen Begriff im Titel, als erstes erschien unregelmäßig seit einer Genfer Friedenskonferenz 1867 eine kleine Zeitschrift unter dem Titel „Les États-Unis d'Europe“, Pegg, Carl H. 1962, Der Gedanke der europäischen Einigung während des Ersten Weltkrieges und zu Beginn der zwanziger Jahre, in: Europa-Archiv, Folge 21, 749-758, hier 750.
- 9 Heile, Wilhelm 1926, Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung, Halberstadt. Mit Bezug zum Locarno-Vertrag zusammengefügt.
- 10 Coudenhove-Kalergi 1923, Paneuropa, Wien, Leipzig.
- 11 Heile ging als einer der radikalsten Aktivisten in der deutschen Antwort auf einen Fragebogen der Komitees, zugleich die letzte große Aktion des Heile-Verbandes, so weit, einen europäischen Bundesstaat als Fernziel und einen Staatenbund als Nahziel zu bezeichnen (Holl 1974, 87f.).

- 12 Hrsg.d.Weltbühne, Friedensnobelpreisträger, Nazi-Opfer. Vgl. Grozny, Willi (Hrsg.) 1989, Deutsches Biographisches Archiv. Neue Folge bis Mitte des 20. Jahrhunderts, München. (Microfiche-Edition)
- 13 Während Ossietzky 1926 noch Sympathien (Die Weltbühne v.10.8.: „Zum 11. August“ in: ders. 1994, Bd.III, Nr.655, Z.146ff.) zum Ausdruck brachte und nur feststellte: „Coudenhoves Manko: er kreiert eine Intellektuellenbewegung ohne Volk. Er nimmt Unterschriften prominenter Politiker, einem jungen, eleganten Aristokraten gern gegeben, schon für Tat. [...] Coudenhove selbst ist zu coulant und zu früh beerauscht von den schnellen Erfolgen nicht seiner Politik, sondern seiner Persönlichkeit.“, griff er Coudenhove 1930 (Die Weltbühne v.27.5., „Coudenhove und Briand“, in: ders.1994, Bd.V,Nr.927 passim) mit unmissverständlicher Schärfe an: „Coudenhove-Kalergi hat eine entwicklungsfähige Idee gehabt, und er hat sie ruiniert, in dem er sie zu einer Angelegenheit der Salons verkommen ließ.“
- 14 Heile, Wilhelm (1929), England, Rußland und der Anschluß, in: Österreich-Deutschland, Jg. 6, H.3, 1f.
- 15 Mindestens zweimal Verhöre und Folterungen in Gestapo-Haft, vgl. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus 1991, 482.
- 16 Lipgens, Walter (Hg.) 1968, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940 - 1945, eine Dokumentation, München. (Schrift des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 29).
- 17 Vgl. zu Hermes Spiegel 9/1948, 4f.
- 18 Gründungsmitglieder waren ausnahmslos FDP-Mitglieder, Hermes` Generalsekretariat in Mönchen-Gladbach diente als Zentralbüro, das Konto der Partei zunächst als Verbandskonto, auf das Hermes und Möller, Organisationsleiter in Schleswig-Holstein, bereits um den 27. November 20.000,- RM überwiesen (Hermes an Möller am 27.11.1946, in: BA NL Heile, Bd.73).
- 19 1930 - 1933 MdR der SPD, als Funktionär des Völkerbunds und in zahlreichen internationalistischen Tätigkeiten, 1949-1965 MdB (Grozny 1989).

- 20 Lipgens 1977, 119ff. Für einen Kontakt zu Heile im November 1945, vor seinem Treffen mit Hermes im Mai 1946 (ders. 417f.), den Koppe (Karlheinz 1967, Das grüne E setzt sich durch. 20 Jahre Europa Union Deutschland, 13) angibt, fehlt ein Beleg; (vgl. Lipgens 1977, 420 Anm.185). 21 Dies waren neben Heile und Hermes noch Wilhelm Hellwig / Düsseldorf, Dr. Walter Hasemann (ab 1946 Vorsitz.d.FDP Hannover u. Mitglied d.Parteivorstands f.d. Brit. Besatzungszone, 1949-1953 MdB f.d. FDP, Grozny 1989) / Hannover und der verhinderte Nicolaus Möller / Meldorf sowie Fr. Drasdo und E. Rütten (Lipgens 1977, 419f.).
- 22 Während Lipgens (1977, 420 Anm.280) nicht richtig feststellt: „es war eine der vielen, aus Informationsmangel lokalen Neugründungen durch Einzelpersonen, wie alle andern skizzierten Gründungen auch.“, führt er S.427 richtig aus: „Die anfängliche Vielzahl und lokale Zersplitterung war ja (außer im Falle von Hermes) nicht gewollt, [...]“.
- 23 Hermes erstmals an Heile am 5. Dezember 1946 (BA NL Heile, Bd.73), bis Mitte 1947 öfter erklärt (Lipgens 1977, 423). 24
- 25 An der ersten Nachkriegstagung proeuropäischer Verbände konnte Heile nicht teilnehmen, unterstützte aber die Beschlüsse nachdrücklich.
- 26 Schreiben vom 30. Jan. 1947 an alle Parteileitungen, mit der Einladung, sich an einem Ehrenpräsidium der Europa-Union zu beteiligen, sowie das negative Antwortschreiben Adenauers vom 17. Feb. 1947 (BA NL Heile, Bd.73).
- 27 Darunter der bekannte CDU-Politiker und Mönchengladbacher Oberbürgermeister Wilhelm Elfes und der bekannte SPD-Politiker und mehrmalige bayrische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (Lipgens 1977, 424 Anm. 296).

Meilensteine aus der Geschichte der Europa-Union

- 15.-22.09.1946 In der Schweiz zusammengekommene Europäische Föderalisten verabschieden das Hertensteiner Programm zur föderalen Einigung Europas.
- 09.12.1946 Gründung der Europa-Union Deutschland (EUD) in Syke. Politisches Gründungsdokument wird das Hertensteiner Programm. Wilhelm Heile wird Vorsitzender.
- 17.12.1946 Gründung der Union Europäischer Föderalisten (UEF) in Paris
- 21.-23.06.1947 Erster Kongress der EUD in Eutin: Verschiedene föderalistische Gruppen, vorwiegend aus der britischen Besatzungszone, schließen sich zusammen.
- 20.11.1947 Die Europa-Union wird Mitglied der UEF.
- 01.04.1949 Auf Initiative von EUD-Präsident Eugen Kogon tritt ein Ausschuss zur Gründung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung zusammen, der sich am 13.6.1949 in Wiesbaden konstituiert.
Kogon wird Vorsitzender des Exekutivbüros.
- 
- 19.-22.05.1949 1. Ordentlicher Kongress in Hamburg unter dem Motto „Europäer aller Länder vereinigt Euch!“. Die Vereinigung aller föderalistischen Verbände in Deutschland wird abgeschlossen. Der Kongress spricht sich gegen eine Neutralisierung Deutschlands und für die Bildung einer Europäischen Föderation aus. Eugen Kogon wird zum Präsidenten gewählt.
- 02.-04.09.1949 Gründung des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) auf der Wachenburg bei Weinheim
- 06.08.1950 300 junge Europäer, vorwiegend aus französischen und deutschen Europaverbänden, verbrennen die Grenzpfähle in St. Germanshof bei Weißenburg und fordern ein Europäisches Parlament und eine Europäische Regierung.
- 24.11.1950 5.000 Jugendliche aus vielen Ländern überschreiten die Grenzen ohne Pass und Visum und erneuern ihre Forderung nach einem vereinten Europa in einer Demonstration vor dem Europarat in Straßburg.

- 16.-18.11.1951 Zentrale Forderung der Hauptresolution des 3. Kongresses in Frankfurt / Main ist die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.
- 30.04.1953 Im Rahmen der Aktion „Europäischer Bundespakt“ sammelt die EUD unter dem Motto „Feldzug der Europäer“ fast 1,65 Mio. Unterschriften.
- 29.-31.10.1954 Ernst Friedländer wird auf dem 7. Kongress in Hannover zum Präsidenten gewählt.
- 25.-27.11.1955 Im Schöneberger Rathaus in Berlin verabschiedet der 8. Kongress einen von Ernst Friedländer entworfenen Deutschland-Plan, der die deutsche Vereinigung im Rahmen der Europäischen Integration vorsieht.
- 09.-11.11.1956 Unter dem Motto „Europa – jetzt erst recht!“ fordert der 9. Kongress in Augsburg angesichts der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch die UdSSR die Verstärkung der Bemühungen um den Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa.
- 17.-19.01.1958 Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim wird auf dem 10. Kongress in Bremen zum Präsidenten gewählt.
- 
- 25.04.1959 Die EUD gründet das Bildungswerk Europäischer Politik zur Unterstützung ihrer Bildungsaufgaben (1964 Umbenennung in Institut für Europäische Politik).
- 01.-03.10.1959 Der 11. Kongress in Dortmund fordert die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Fusion der drei Gemeinschaften EGKS, EWG und EAG sowie eine ständige Konferenz der Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten. Erstmals in der EUD-Geschichte werden ausführliche sozialpolitische Leitlinien beschlossen, die u.a. die Forderung nach Vollbeschäftigung enthalten.
- 11.12.1959 Die EUD gründet den Europa-Union-Verlag als zukünftigen Träger ihrer publizistischen Arbeiten.

- 26.-28.05.1961 In Kiel begrüßt der 12. Kongress die Fortschritte der wirtschaftlichen Integration und versucht Kompromisse zu finden zu den unterschiedlichen Auffassungen über die politische Integration.
- 22./23.10.1962 Der 13. Kongress in Bad Godesberg verabschiedet unter dem Motto „Vom gemeinsamen Markt zur politischen Gemeinschaft“ ein Memorandum zur Politischen Union Europas. Es enthält auch eine klare Bejahung einer abgestuften Integration, falls anders ein europäischer Fortschritt nicht möglich sei.
- 28.06.1963 Das EUD-Präsidium beschließt eine Erklärung zur Europäischen Verteidigung.
- 12.-14.04.1964 Unter dem Motto „Handelt für Europa!“ verabschiedet der 14. Kongress in Frankfurt/Main zwölf Thesen für Europa, in denen eine „energische, konsequente und vorbehaltlose Erfüllung der Römischen Verträge“ gefordert wird.
- 20.10.1965 In Bad Godesberg setzt Bundespräsident Heinrich Lübke den Startschuss für die Europa-Aktion 65 der EUD. Innerhalb von zehn Tagen finden über 1.500 Veranstaltungen statt.
- 20.-22.11.1966 Der 16. Kongress in Baden Baden unter dem Motto „Wege nach Gesamteuropa“ fordert die Bundesregierung auf, in der Ostpolitik neue Wege zu gehen, u.a. durch Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens, Aussöhnung mit Polen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten.
- 13.-15.05.1967 Gemeinsame Grenzaktion der Europäische Föderalisten an 64 europäischen Grenzstationen mit dem Slogan „Alle Europäer wollen Reisen ohne Grenzkontrollen!“
- 01.-03.06.1968 „Eine Währung für Europa“ fordern die föderalistischen Verbände mit einer gemeinsamen europaweiten Aktion an 43 Grenzübergangsstellen.
- 24.-26.05.1969 „Europas Regierungen haben versagt“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 43 Grenzübergangsstellen.



- 23.-25.11.1969 Der 18. Kongress in Saarbrücken fordert unter dem Motto „Appell zu einem neuen Aufbruch“ den weiteren Ausbau, die Erweiterung und Vertiefung der EG und die Direktwahl des Europäischen Parlaments.
- 16.-18.05.1970 „Europa ist für alle da“ ist das Motto der gemeinsamen Aktion der Europäischen Föderalisten an 30 Grenzübergangsstellen.
- 11.-13.09.1971 Der 19. Kongress verabschiedet in Bad Godesberg einen Stufenplan zur Errichtung eines Europäischen Bundesstaats. Nachdrücklich fordert der Kongress das Ende der Diskriminierung von Gastarbeitern und ihre gleichberechtigte Eingliederung als Europäische Bürger.
- 18.-20.05.1973 Theo M. Loch wird neuer Präsident der Europa-Union auf ihrem 20. Kongress in Berlin. Der Kongress verabschiedet die Berliner Erklärung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
- 21.-23.11.1975 Der 22. Kongress in Bad Godesberg fordert als nächste Schritte auf dem Weg zur Einheit Europas die Durchführung der Direktwahl des EP bis 1978, den Ausbau der Europäischen Bürgerrechte und eine Europäische Verfassung für die Europäische Union.



31.03.-01.04.1978

Präsidium und Hauptausschuss beschließen eine Europawahl-Informationskampagne, um möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

25.-27.06.1978

Auf dem 24. Kongress wird das Kieler Programm für Europa verabschiedet. Es fordert einen nachhaltigen föderalen Aufbau Europas und eine starke Beteiligung der Bürger. Erster Schritt sei die Direktwahl des EP. Ziel ist der Europäische Bundesstaat.

13.11.1978

Nachdem in zahlreichen Bundesländern und Landkreisen auf Anregung der EUD Direktwahlkomitees zur Unterstützung der 1. Europa-Wahl gegründet wurden, konstituiert sich in Bad Godesberg unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Walter Scheel das „Bundeskomitee Europa-Wahl“.

05.-07.12.1980



Der 26. Kongress in München wählt Altbundespräsident Walter Scheel zum Präsidenten. Simon Veil, die erste Präsidentin des direkt gewählten Europäischen Parlaments, spricht zu den Delegierten.

07.-09.12.1984

Der 30. Kongress der EUD tagt in Köln gemeinsam mit dem 12. Kongress der UEF unter dem Motto „Die Europäische Union jetzt“. Themen sind neben der Gründung der Europäischen Union auch die Wiedervereinigung Deutschlands und die gesamteuropäische Zusammenarbeit

26.06.1988

Rund 5.000 Teilnehmer fordern die Vollendung des Binnenmarkts und die Gründung der Europäischen Union auf einer Kundgebung der EUD im Kuppelsaal der Stadthalle in Hannover.

13./14.10.1989

„Die Europäische Union schaffen – ganz Europa in Freiheit einigen“. Unter diesem Motto steht der 35. Kongress, an dem neben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch sein ungarischer Kollege Gyula Horn teilnimmt, der einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung des Eisernen Vorhangs durch die Erlaubnis der Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD geleistet hat. Egon Klepsch wird zum neuen Präsidenten der Europa-Union gewählt.

März 1990 - März 1991

Gründung der Landesverbände Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt

25.-27.05.1990	Erstes Treffen der Mitglieder und Freunde der EUD aus der DDR im Europa-Haus Marienberg
12.11.1990	Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt das EUD-Präsidium zu einem umfassenden Meinungsaustausch.
08.-10.11.1991	Der 37. Kongress in Leipzig – der erste in einem der neuen Bundesländer – fordert zusätzliche Fördermaßnahmen für die neuen Bundesländer. Er beschließt Grundsätze für die zu schaffende Europäische Union, wie ein demokratisches Regierungssystem mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die unverzügliche Errichtung der vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Reform der Verträge, um die EG erweiterungsfähig zu machen.
20./21.11.1992	Erstmals tritt ein EUD-Kongress außerhalb Deutschlands zusammen. „Ja zu Maastricht – Für ein bürgernahes Europa“ ist das Motto des 38. Kongresses in Straßburg im Palais de l'Europe.
05./06.11.1993	Bundeskanzler Kohl spricht auf dem 39. Kongress in Mannheim. Er bekräftigt die konsequente Fortführung der Europäischen Integration.
04./05.11.1994	Unter dem Motto „Europa bürgernah gestalten“ beschließt der 40. Kongress in Bremen die Ausarbeitung einer Charta der Europäischen Identität. Eine einjährige Verbandsdebatte unter Beteiligung aller EUD-Landesverbände und befreundeter Organisationen beginnt.
27./28.10.1995	Die Charta der Europäischen Identität wird vom 41. Kongress in Lübeck verabschiedet. Zudem beschließt der Kongress Forderungen an die Reformkonferenz 1996.
04.05.1996	EUD und Europäische Bewegung eröffnen in Frankfurt/Main ihre gemeinsame Informationskampagne zur Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Motto „Der Euro kommt“ organisiert die Europa-Union mit ihren Gliederungsverbänden bis 2001 bundesweit mehrere Hundert Aktionen und Informationsveranstaltungen.
20.06.1996	Das Generalsekretariat der EUD veröffentlicht die Charta der Europäischen Identität in fünf Sprachen.
22.06.1996	12.000 Europäische Föderalisten demonstrieren anlässlich des EU-Gipfels in Florenz mit der Forderung „Europäische Föderation – Jetzt!“.
November 1996	Zusammenführung der JEF und der Jungen Europäer zum einheitlichen EUD-Jugendverband

19.10.1997	Der 43. Kongress wählt in Worms Hans-Gert Pöttering zum Präsidenten.
Mai 1998	Start der transnationalen Kampagne der UEF für eine Europäische Verfassung, die in Deutschland von der Europa-Union umgesetzt wird
13./14.11.1998	Der 44. Kongress in Münster steht im Zeichen der 350-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens. Redner sind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann, der EKD-Vorsitzende Präses Manfred Kock und Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden.
27.11.1999	Elmar Brok wird auf dem 45. Kongress in Weimar neuer EUD-Präsident.
7./8.12.2000	Demonstration der Europäischen Föderalisten unter Beteiligung der EUD anlässlich des EU-Gipfels in Nizza
15.-17.06.2001	Europaaktion unter dem Motto „Die Botschaft der Europäischen Föderalisten an den Europäischen Rat bringen“: EUD und JEF appellieren anlässlich des EU-Gipfels in Schweden an die Staats- und Regierungschefs, das europäische Schiff auf richtigem Kurs zu halten – im wörtlichen Sinne: Nach dem Tagungsauftakt in Kiel gehen 200 Europafreunde an Bord der Stena-Scandinavica nach Göteborg, um auch dort Flagge zu zeigen.
11.-13.10.2002	Start der Reihe „Wege nach Europa“, die von Lübeck nach Kopenhagen und Malmö führt. 2003 geht es unter gleichem Motto nach Graz, Maribor und Ljubljana. 2004 sind Bratislava und 2005 Kaliningrad das Ziel. 2006 führen die „Wege nach Europa“ zurück zu den Wurzeln der Europäischen Föderalistischen Bewegung – nach Zürich und Hertenstein.
2004	Die EUD geht online mit einer Homepage.
2004	In Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung startet das mehrjährige Bildungsprogramm „In Europa für Europa“ für Stipendiaten aus MOE-Ländern.
2006	Start der mehrjährigen Kampagne „Europa nützt uns“. EUD und Europäische Bewegung geben gemeinsam die Studie „Die EU im vitalen Interesse Deutschlands“ heraus. Ab 2007 wird die bundesweite Veranstaltungsreihe „Speak up Europe – Menschen bilden Europa“ gemeinsam mit den Landes- und Kreisverbänden organisiert.
10.12.2006	Peter Altmaier wird auf dem 52. Bundeskongress in Bremen zum neuen Präsidenten gewählt.

- 13.12.2006 Erster Europäischer Abend in Berlin. Die gemeinsame Reihe mit dem „dbb beamtenbund und tarifunion“ entwickelt sich zu einer erfolgreichen Veranstaltungsmarke am Politikplatz Berlin.
- 2007 Kampagne für ein europaweites Referendum für eine Europäische Verfassung
- 14.06.2007 Gründung der Europa-Union Brüssel als erster EUD-Auslandsverband
- 03.07.2007 Gründung der EUD-Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag
- 13.05.2009 Gründung der EUD-Hauptstadtgruppe Europa-Professionell in Berlin
- 21.11.2010 Unter dem Motto „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ setzt der Erfurter Bundeskongress eine umfassende Verbandsdebatte zu einem neuen Grundsatzprogramm der EUD in Gang.
- 27.11.2011 Rainer Wieland wird auf dem 57. Bundeskongress in Berlin zum neuen Präsidenten gewählt.
- 2012 Start der Reihe bundesweiter EUD-Bürgerforen „Europa – Wege aus der Krise“
- 24.03.2012 EUD/JEF Aktion in Berlin „Ungarn muss Teil der Europäischen Wertegemeinschaft bleiben“



07.-09.09.2012

Erste EUD-Sommerakademie in Bremen

28.10.2012

Der 58. Bundeskongress beschließt im Landtag von NRW das neue Grundsatzprogramm der Europa-Union. Im Düsseldorfer Programm heißt es: „Unser Ziel ist der Europäische Bundesstaat“.

2013

Start der mehrjährigen Informationskampagne „Europa mitbestimmen“. Bundesweit werden 183 Straßenaktionen organisiert.



2014

„Gedankengang zu Krieg und Frieden“ läuft als bundesweite Straßenaktion über mehrere Monate bis 2015.

Herbst 2014

Start der Reihe „EUD-Bürgerdialoge - ... Wir müssen reden“ (2014/15 zu TTIP, 2016 zu „Europas Grenzen“)

12.02.2015

Neugründung des Landesverbandes Sachsen

18.10.2015

Gründung des kommunalen Netzwerks der EUD

16. / 17.04.2016

In Dresden setzt der 62. Bundeskongress mit seinem klaren Bekenntnis zu Europa ein Zeichen gegen die europa- und fremdenfeindliche Bewegung Pegida.

03.11.2016

Mit dem „Kölner Signal“ des Präsidiums positioniert sich die EUD zur AfD: Demokratische Auseinandersetzung ja – Zusammenarbeit und Mitgliedschaft nein. Als „nationalistische, fremdenfeindliche und antieuropäische Partei“ stehe die AfD gegen alles, wofür sich die EUD einsetzt, sie ist „ein politischer Gegner, den es mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen gilt“.

2017	Start der EUD/JEF-Aktion „Wir in Europa halten zusammen“ gegen Fremdenfeindlichkeit und für Europa
25.03.2017	„March for Europe“: Aktionstag anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom und Berlin mit jeweils 6000 Teilnehmern
11./12.05.2018	„Suche Frieden ... finde Europa“: Aktionstage der EUD und JEF beim 101. Katholikentag in Münster; Die EUD gestaltet einen Europatag auf dem Katholikentag als dessen erster nichtkatholischer Kooperationspartner.
23.06.2018	„March for a new Europe“ in Berlin: Demonstration von EUD, JEF und Berliner Gruppen für die Erneuerung der Europäischen Union
2019	Europawahlkampagne „EuropaMachen“ von EUD und JEF mit bundesweit 700 Veranstaltungen und Maßnahmen
19.-22.06.2019	„Was für ein Vertrauen“: Mehrtägiges Aktions- und Informationsangebot von EUD und JEF beim 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund
23.06.2019	„Gemeinsam für den Frieden – Gemeinsam für Europa“: Taufe des von EUD und Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gemeinsam gestalteten Heißluftballons in Kassel, der für fünf Jahre auf Fahrt geht für die gemeinsamen Ziele beider Verbände
2020	Die EUD erhält ein neues Gesicht: Einführung des neuen Logos und Corporate Designs, das vom EUD-Bundesausschuss im November 2019 beschlossen wurde.
2020	EUD/JEF-Kampagne „BesserZusammen“ zur Begleitung der Deutschen Ratspräsidentschaft
April 2020	Pandemiebedingt stellt die EUD ihre Vereinstätigkeit auf digitale Formate um. Videokonferenzen und Online-Veranstaltungen ziehen in den Alltag des Verbandslebens ein.
2021	„EuropaMitgedacht“: Bundestagswahlkampagne von EUD/JEF
2021	„Zukunft braucht Europa“: Die EUD begleitet die Konferenz zur Zukunft Europas mit inhaltlichen Stellungnahmen als politischer Akteur und trägt mit der Organisation von Bürgerdialogen und -foren dazu bei, die Themen der Zukunftskonferenz in die Breite der Bevölkerung zu tragen und die Menschen in die Debatte einzubinden.
13./14.11.2021	Der 64. Bundeskongress der EUD findet digital statt. Erstmals in der Geschichte der EUD tritt ein Kongress virtuell zusammen – mit Neuwahlen, Antragsdebatten und Beschlussfassungen.

Hertensteiner Programm - 12 Thesen

1. Eine auf föderativer Grundlage errichtete, europäische Gemeinschaft ist ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil jeder wirklichen Weltunion.
2. Entsprechend den föderalistischen Grundsätzen, die den demokratischen Aufbau von unten nach oben verlangen, soll die europäische Völkergemeinschaft die Streitigkeiten, die zwischen ihren Mitgliedern entstehen könnten, selbst schlichten.
3. Die Europäische Union fügt sich in die Organisation der Vereinten Nationen ein und bildet eine regionale Körperschaft im Sinne des Artikels 52 der Charta.
4. Die Mitglieder der Europäischen Union übertragen einen Teil ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Souveränitätsrechte an die von ihnen gebildete Föderation.
5. Die Europäische Union steht allen Völkern europäischer Weisheit, die ihre Grundsätze anerkennen, zum Beitritt offen.
6. Die Europäische Union setzt die Rechte und Pflichten ihrer Bürger in der Erklärung der Europäischen Bürgerrechte fest.
7. Diese Erklärung beruht auf der Achtung vor dem Menschen, in seiner Verantwortung gegenüber den verschiedenen Gemeinschaften, denen er angehört.
8. Die Europäische Union sorgt für den planmäßigen Wiederaufbau und für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird.
9. Die Europäische Union richtet sich gegen niemand und verzichtet auf jede Machtpolitik, lehnt es aber auch ab, Werkzeug irgendeiner fremden Macht zu sein.
10. Im Rahmen der Europäischen Union sind regionale Unterverbände, die auf freier Übereinkunft beruhen, zulässig und sogar wünschenswert.
11. Nur die Europäische Union wird in der Lage sein, die Unversehrtheit des Gebietes und die Bewahrung der Eigenart aller ihrer Völker, größer oder kleiner, zu sichern.
12. Durch den Beweis, dass es seine Schicksalsfragen im Geiste des Föderalismus selbst lösen kann, soll Europa einen Beitrag zum Wiederaufbau und zu einem Weltbund der Völker leisten.

Düsseldorfer Programm der Europa-Union

Die europäische Einigung im 21. Jahrhundert -
Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat

Wir Bürgerinnen und Bürger Europas gestalten gemeinsam unsere Zukunft. Die Gründergeneration hat Großes geleistet: Ihr verdanken wir die Versöhnung der Völker, die Überwindung der Grenzen, sozialen Zusammenhalt sowie wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung in Europa.

Heute ist die Europäische Union eine Werte- und Rechtsgemeinschaft mit eigenen Zuständigkeiten und handlungsfähigen politischen Institutionen. Die Perspektive der Mitgliedschaft stärkt in Staaten mit einer Beitrittsoption Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Aber die Einigung Europas ist noch nicht vollendet. Sie ist unverzichtbare Voraussetzung für die Gestaltung der Globalisierung. Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gibt es nur eine Antwort: Mehr Europa!

Wir, die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland, verstehen uns als die Vertretung der für Europa engagierten Bürgerinnen und Bürger. Durch unsere Arbeit vor Ort wollen wir die europäische Idee verbreiten. Wir setzen uns als deutsche Sektion der Union Europäischer Föderalisten zusammen mit unseren Partnern für die Vollendung der bundesstaatlichen Einigung Europas ein.

Europäische Föderalisten haben bereits 1946 ihre grundlegenden Ziele im Hertensteiner Programm niedergelegt. Mit dieser Erklärung ergänzt die Europa-Union Deutschland die dort niedergelegten Ziele:

1. Nur geeint sind wir stark.

Nur geeint sind die Staaten Europas in der Lage, Frieden und Freiheit, Stabilität, Wohlstand und soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, Demokratie und Menschenrechte zu garantieren und die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Die europäische Einigung kann Vorbild für die staatenübergreifende Zusammenarbeit in einer föderalen Weltordnung sein.

2. Ein europäischer Bundesstaat

Ziel der europäischen Einigung ist die Schaffung eines demokratisch- rechtsstaatlichen Bundesstaats auf der Grundlage einer Verfassung, die möglichst durch ein europaweit einheitliches Referendum bestätigt werden sollte. Der europäische Bundesstaat vertritt die gemeinsamen Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas und ihrer Mitgliedstaaten nach innen und außen. Er muss über die erforderlichen Handlungsmöglichkeiten verfügen.

Hierzu gehören auch ein entsprechend ausgestatteter Haushalt und eigene Steuereinnahmen. Der europäische Bundesstaat hat einen demokratischen Aufbau von unten nach oben. Die Aufgaben werden auf der Grundlage klar zugewiesener Kompetenzen nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips bürgernah und partnerschaftlich auf der kommunalen, regionalen, mitgliedstaatlichen und europäischen Ebene wahrgenommen.

3. Europa als Wertegemeinschaft

Der europäische Bundesstaat ist gegründet auf die in der Menschenrechtskonvention des Europarats und der Europäischen Charta der Grundrechte niedergelegten Werte, zu denen vor allem die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen gehören. Diese Werte sind Ziel und Maßstab seines politischen Handelns. Demokratie und Menschenrechte auf friedliche Weise zu fördern, verpflichtet die Europäische Union zu einer besonders engen Zusammenarbeit mit den Staaten in der Welt, die ebenfalls friedlich für Demokratie und Menschenrechte eintreten.

4. Ein Europa der kulturellen Vielfalt

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt sind der Reichtum Europas; sie sind Quelle der europäischen Identität. Es ist Aufgabe des europäischen Bundesstaats, diese kulturelle Vielfalt zu schützen und zu fördern. Hierzu gehören auch die Begegnung und die Verständigung mit anderen Kulturen und Lebensverhältnissen und der Erwerb von Fremdsprachen.

5. Eine repräsentative Demokratie für Europa mit starker Bürgerbeteiligung

Der europäische Bundesstaat beruht auf der repräsentativen Demokratie mit Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung. Das Europäische Parlament wählt die europäische Regierung, deren Vorgängerin die Europäische Kommission ist. Es hat das Initiativrecht und beschließt gleichberechtigt mit einer Staatenkammer, dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze.

6. Ein Europa der Teilhabe und Transparenz

Der politische Entscheidungsprozess im europäischen Bundesstaat ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Transparenz und bietet allen Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung und Beteiligung. Die direkte Wahl des Europäischen Parlaments auf der Grundlage eines einheitlichen Wahlrechts ist Ausdruck des politischen Zusammenwachsens. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger haben im Wohnsitzland ein aktives und passives Wahlrecht auf allen politischen Ebenen.

7. Eine identitätsstiftende europäische Öffentlichkeit

Die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit ist unerlässlich für die Verwirklichung der europäischen Demokratie. Hierzu gehören eine umfassende europapolitische Berichterstattung sowie ein aktiver Dialog der europäischen Institutionen und Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger bringen sich dabei aktiv in dem Selbstverständnis ein, dass alle Souveränität letztlich von ihnen ausgeht. Auch die politischen Parteien leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie sich zu europäischen Parteien zusammenfinden, mit transnationalen Listen zu den Europawahlen antreten und Spitzenkandidaten und -kandidatinnen für die Europawahl vorschlagen.

8. Ein Europa der freien Entfaltung, der Solidarität und des Wohlstands

Das Handeln des europäischen Bundesstaats dient dem Wohl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. Das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell muss bewahrt und weiterentwickelt werden. Der europäische Bundesstaat und seine Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, in einem solidarischen Geist Gerechtigkeit, die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle zu schaffen. In seiner Politik fördert der europäische Bundesstaat den sozialen Ausgleich und orientiert sich an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Nicht alles muss dabei auf europäischer Ebene geregelt werden, aber sie muss den Rahmen schaffen und Mindeststandards setzen. Die Angleichung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau innerhalb des europäischen Bundesstaats ist eine wesentliche Voraussetzung für seinen Bestand.

9. Ein nachhaltiges Europa für die zukünftigen Generationen

Der europäische Bundesstaat trägt besondere Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie einen schonenden und effizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen in Europa und in der Welt. Der Rohstoff- und Energieabhängigkeit kann Europa am besten gemeinschaftlich begegnen. Hierzu gehört das Umsteuern hin zu einer nachhaltigen, auf erneuerbare Energiequellen gestützten Wirtschaft.

10. Eine gemeinschaftliche Wirtschafts- und Währungspolitik

Der Euro ist die gemeinsame Währung des europäischen Bundesstaats; für seine Stabilität ist die unabhängige Europäische Zentralbank verantwortlich. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten tragen durch eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik hierzu bei und setzen klare Regeln für die Finanzmärkte. Eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik bei effektiver Schuldentilgung und ein solidarisches Füreinander sind Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa und für eine starke Gemeinschaftswährung.

11. Eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik für den Frieden

Die Außenpolitik, einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist Angelegenheit des europäischen Bundesstaats, der seine Mitglieder mit Sitz und Stimme in allen internationalen Organisationen vertritt. Ziel der gemeinsamen Politik ist es, zu Frieden, Verwirklichung der Menschenrechte, Demokratie, Stabilität, zu einem verantwortlichen Umgang der Weltgemeinschaft mit natürlichen Ressourcen und der Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt beizutragen.

12. Ein offenes Europa

Der europäische Bundesstaat ist offen für alle europäischen Staaten, die die Beitrittskriterien erfüllen, sich zu seinen Zielen und Werten bekennen und ihnen dauerhaft Geltung verschaffen.

An die
Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29
D-10178 Berlin

☐ **Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland e.V. werden.**

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft in der Europa-Union Deutschland erkenne ich die satzungsgemäßen Ziele und programmatischen Grundsätze des Verbandes an. Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten bis zum 35. Lebensjahr.

☐ Bitte senden Sie mir zusätzlich Informationsmaterial postalisch zu.

Vorname:	Nachname:
Straße, Hausnummer:	PLZ/Wohnort:
Telefon:	E-Mail:
Geburtsdatum:	Beruf:
Aufmerksam auf die Europa-Union Deutschland wurde ich durch:	

Die hier erhobenen personenbezogenen Daten werden entsprechend Artikel 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO von der Europa-Union Deutschland und ihren Untergliederungen (bei Mitgliedern unter 35 Jahren auch von der JEF Deutschland und ihren Untergliederungen) ausschließlich für interne Vertriebszwecke, insbesondere für die Mitgliederverwaltung, -information und -betreuung elektronisch gespeichert, verarbeitet und genutzt.

Ich zahle für meine Mitgliedschaft einen – steuerlich absetzbaren – Monatsbeitrag in Höhe von € (Selbsteinschätzung). Der Mindestbeitrag gemäß Beitragsordnung beträgt derzeit 4,00 € (ermäßigt 2,00 €).

Ort/Datum:	Unterschrift:
------------	---------------

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers: Europa-Union Deutschland e.V., Sophienstr. 28/29, 10178 Berlin

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE15ZZZ00000657747

Mandatsreferenz (Vom Zahlungsempfänger auszufüllen): _____

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige/Wir ermächtigen (A) den Zahlungsempfänger, die Europa-Union Deutschland e.V., Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich (B) weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Name des Zahlungspflichtigen (Kontoinhaber):	
Straße/Hausnummer:	PLZ/Wohnort:
IBAN (max. 22 Stellen):	
D E	
BIC (8 oder 11 Stellen):	
Ort/Datum:	Unterschrift des/der Zahlungspflichtigen:



EuropaUnion Deutschland

Beschluss des 64. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 14.11.2021

Leitbild der Europa-Union Deutschland

Leitmotto

Die Europa-Union ist die überparteiliche Bewegung, die sich für eine europäische Föderation einsetzt, die von den Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Unser Motto ist: ein vereintes Europa in einer vereinten Welt.

Leitmotiv

Wir, die Mitglieder der überparteilichen Europa-Union Deutschland, verstehen uns als die Vertretung der für Europa engagierten Bürgerinnen und Bürger. Durch unsere Arbeit vor Ort wollen wir die europäische Idee verbreiten und Europa als gemeinsamen Erfahrungsraum erlebbar machen. Unser Ziel ist die Schaffung eines europäischen Bundesstaates auf föderativer und demokratisch-rechtsstaatlicher Grundlage. Wir arbeiten für die Realisierung dieser Ziele mit anderen Verbänden, Organisationen und Institutionen auf allen politischen Ebenen zusammen.

Leitsätze

- Wir wollen Frieden und Freiheit in Europa erhalten.
- Wir fördern die Toleranz und den Gedanken der Völkerverständigung.
- Wir setzen uns für Menschen- und Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.
- Wir stehen für ein Europa der Freiheit, der Menschenwürde, der kulturellen Vielfalt, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität. Wir stehen in der Tradition der europäischen Aufklärung.

-
- Wir sind eine überparteiliche Organisation, die eine offene, konstruktive und wertschätzende Diskussionskultur lebt.
 - Wir setzen uns in gegenseitigem Respekt für die gemeinsamen Überzeugungen und Werte des Hertensteiner und des Düsseldorfer Programms ein.
 - Wir sind ein demokratisch und föderal verfasster Verband, in dem jedes Mitglied mitwirken und mitgestalten kann.
 - Wir setzen uns für die Förderung des Ehrenamtes ein. Wir wirken in alle Bereiche der Gesellschaft hinein, um die europäische Idee zu verbreiten.
 - Wir fördern die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der europäischen Integration durch Bildungsarbeit, Reisen und Begegnungen.
 - Wir tragen dazu bei, den pro-europäischen Konsens der demokratischen Kräfte in Deutschland und Europa zu stärken und stetig zu erneuern.
 - Wir arbeiten generationenübergreifend und unterstützen unsere Jugendorganisation Junge Europäische Föderalisten (JEF) dabei, den pro-europäischen Gedanken in der jungen Generation zu verbreiten.
 - Wir sind international vernetzt, insbesondere als Mitglieder der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und der Internationalen Europäischen Bewegung.
 - Wir organisieren unsere Arbeit so, dass wir wirksam auf die Verwirklichung unserer Ziele hinarbeiten. Wir evaluieren unsere Arbeit regelmäßig.

© Fotos:

Umschlag: Historisches Archiv der Europäischen Union, Seite 6: Gerolf Mosemann / Europa-Union Deutschland, Seite 8: Foto Harm Adam Aufgenommen von: „Gerolf Mosemann/Europa-Union Deutschland“ Seite 36: Archiv Dirk Helle, Harpstedt, Seite 42: USHMM Photograph #28962, courtesy of National Archives and Records Administration, College Park, Seite 43: Landespresse- und Informationsamt (LAV NRW, RWB 9868,9), Seite 44: EC Audiovisual Service, Seite 45: Ludwig Wegmann, Seite 46: Bundesarchiv, Seite 49: EUD, Seite 50: EUD



Zukunft braucht
Europa